



## **Stenografischer Bericht**

**öffentlich**

– ohne Beschlussprotokoll –

10. Sitzung – Ausschuss für Digitales, Innovation und Datenschutz

6. November 2025 – 14:05 bis 15:59 Uhr

### **Anwesende:**

Stellv. Vorsitz: Kim-Sarah Speer (CDU)

#### **CDU**

Michelle Kraft  
Maximilian Schimmel  
Stefan Schneider  
Sebastian Sommer (Hochtaunus)  
Annette Wetekam

#### **AfD**

Karsten Bletzer  
Markus Fuchs  
Christian Rohde

#### **SPD**

Elke Barth  
Bijan Kaffenberger  
Matthias Körner

#### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Nina Eisenhardt  
Andreas Ewald  
Torsten Leveringhaus

#### **Freie Demokraten**

Oliver Stirböck

### **Weitere Anwesende:**

Ministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus, HBDI Prof. Dr. Alexander Roßnagel, Staatssekretär Stefan Sauer, Vertreterinnen und Vertreter der Staatskanzlei, der Ministerien, des Rechnungshofes und weiterer Behörden sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen und der Landtagskanzlei.

Die Liste aller Anwesenden liegt der Ausschussgeschäftsführung vor.

| Institution  | Name                         |
|--|------------------------------|
| Sachverständige  |                              |
| Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit                 | Prof. Dr. Alexander Roßnagel |
| Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz | Dr. Philipp Richter          |
| Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme FOKUS                         | Prof. Dr. Peter Parycek      |
| hessian.AI (TU Darmstadt)  | Prof. Dr. Kersting           |
| Anzuhörende  |                              |
| Bitkom e. V.   | Marc Danneberg               |
| Deutscher Gewerkschaftsbund Bezirk Hessen-Thüringen                                | Julia Langhammer             |
| D64 – Zentrum für digitalen Fortschritt e. V.                                      | Franziska Seidel             |

## Öffentliche mündliche Anhörung

### **Gesetzentwurf**

### **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Gesetz zur Anwendung von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung (HKIVervG)**

– Drucks. [21/2273](#) –

hierzu:

Stellungnahmen der Anzuhörenden

– Ausschussvorlage 21/2 –

(Teil 1 verteilt am 29.10., Teil 2 verteilt am 30.10., Teil 3 verteilt am  
03.11. und Teil 4 verteilt am 19.11.2025)

**Vorsitzende:** Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit eröffne ich die 10. Sitzung des Ausschusses für Digitalisierung, Innovation und Datenschutz. Ich begrüße insbesondere die Damen und Herren Anzuhörenden, die heute vor Ort sind. Herzlich willkommen im Hessischen Landtag!

Weiter begrüße ich die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten, Ministerin Prof. Dr. Kristina Si-nemus und Staatssekretär Stefan Sauer, Dr. Wilhelm Kanther in Vertretung für Herrn Staatssek-retär Martin Rösler, den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Prof. Dr. Alexander Roßnagel, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesregierung und des HBDI sowie unsere Gäste in der heutigen Sitzung.

Wir beginnen direkt mit der Anhörung zum Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN, Gesetz zur Anwendung von Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung. Für die Anhörung unterbreite ich Ihnen folgenden Verfahrensvorschlag: Die Anzuhörenden werden in jeweils zwei Blöcken der Reihe nach aufgerufen. Die Kommunalen Spitzenverbände bilden in der Regel den dritten Block; diese haben uns allerdings ihre schriftliche Stellungnahme übermittelt und sind heute deswegen nicht persönlich anwesend. Wir beginnen daher mit den Sachverständigen und kommen anschließend zu den weiteren Anzuhörenden.

Zum Verfahren: Ich bitte die Anzuhörenden, zunächst in ihre Stellungnahmen einzuführen. Es ist eine Redezeit von fünf Minuten vorgesehen. Sollte diese eklatant überschritten werden, würde ich kurz darauf hinweisen, sich bitte an die vorgegebene Zeit zu halten. Im Anschluss haben die Abgeordneten Gelegenheit, Fragen zu stellen. Ich möchte die Abgeordneten bitten, uns mitzutei-len, an wen Sie jeweils die Frage richten.

Wenn Sie mit diesem Vorgehen einverstanden sind, dann würden wir so verfahren. – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so.

Ich komme zum ersten Block und erteile Herrn Prof. Dr. Alexander Roßnagel, dem Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, das Wort.

### **Block 1**

Herr **Prof. Dr. Alexander Roßnagel**: Vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Angesichts der kurzen Zeit von fünf Minuten will ich mich auf die Notwendigkeit und Zulässigkeit eines solchen Gesetzes, über das wir jetzt reden, konzentrieren und mich zu zwei Sachthemen äußern, nämlich zur Aufsicht und zur KI-Rüge.

Der europäische Gesetzgeber hat den Datenschutz in KI-Systemen schlecht geregelt, genauer gesagt gar nicht. Dadurch hat er viele Hindernisse für künstliche Intelligenz geschaffen. In Art. 2 Abs. 7 der KI-Verordnung hat er bestimmt, dass die KI-Verordnung die Datenschutz-Grundverordnung unberührt lässt. Die Datenschutz-Grundverordnung enthält jedoch keine spezifischen Regelungen zu KI-Systemen. Im Gegenteil, sie enthält Regelungen, die im Widerspruch zu KI stehen könnten, wie das Minimierungsgebot, oder sie stellt Forderungen auf wie Berichtigung und Löschung von Daten, die in manchen KI-Systemen nicht möglich sind.

Vor allem aber fehlen datenschutzrechtliche Erlaubnisse. Insbesondere für das Training von LLM mit personenbezogenen Daten der Behörden fehlen solche Erlaubnisse. Solche Regelungen sind notwendig, um den Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung zu beschleunigen und um den Mitarbeitenden ausreichende Handlungssicherheit zu geben.

Daher hat zum Beispiel Hamburg einen Erlaubnistatbestand für den Einsatz von KI-Systemen in der öffentlichen Verwaltung und das Training von KI geschaffen. Schleswig-Holstein hat die KI-Rüge eingeführt. In Baden-Württemberg hat die Landesregierung gerade Änderungen des Landesdatenschutzgesetzes beschlossen, die den Einsatz von KI betreffen. In Berlin wird eine Regelung mit Erlaubnistatbeständen und Schutzmaßnahmen vorbereitet.

Solche Regelungen sind zur Beförderung von KI in der öffentlichen Verwaltung nicht nur notwendig, sondern aufgrund geeigneter Öffnungsklauseln in der Datenschutz-Grundverordnung auch zulässig. Sie verstoßen auch nicht gegen die KI-Verordnung, weil die KI-Verordnung den Einsatz von KI gar nicht regelt. Insofern besteht für die Frage, wo und unter welchen Bedingungen, zum Beispiel zum Schutz von Grundrechten, KI eingesetzt werden darf, große Rechtsunsicherheit. Diese sollte durch klare Regelungen, die den Einsatz ermöglichen, beseitigt werden.

Zur Aufsicht. Die Regelung zur Marktüberwachung in § 8 sollte auf Hochrisiko-Systeme begrenzt werden. Hierfür sieht § 8 die Aufsicht des HBDI vor. Das widerspricht zwar dem Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der KI-Verordnung der Bundesregierung. Dieser sieht

nämlich hierfür die Bundesnetzagentur vor. Soweit danach die Bundesnetzagentur die Behörden des Landes Hessen überwachen soll, ist der Referentenentwurf jedoch verfassungswidrig.

Soweit den Ländern die ausschließliche Gesetz- und Verwaltungskompetenz zusteht, wie zum Beispiel für Schulen, Hochschulen, Kultur und Polizei, verstößt eine Überwachung durch eine Bundesbehörde gegen grundlegende Prinzipien des Föderalismus.

Innerhalb Hessens ist es naheliegend, die Überwachung dem HBDI zu übertragen. Er verfügt über die notwendige Unabhängigkeit und ist ohnehin zuständig, da der Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung meist mit einer Verarbeitung personenbezogener Daten verbunden ist. Eine Doppelzuständigkeit für gleiche Sachverhalte zu vermeiden, entspricht dem Ziel des Bürokratieabbaus.

Noch kurz zur KI-Rüge. Diese wäre für das Verwaltungsverfahren neu. Sie ist aus Schleswig-Holstein übernommen. Sie greift die Vorgabe des Art. 22 Abs. 2 Buchst. b DSGVO auf, wonach eine gesetzliche Erlaubnis zu einer automatisierten Entscheidung – Zitat – „angemessene Maßnahmen zur Wahrung der Rechte (...) der betroffenen Person enthalten“ müssen. – Hierzu gehören „mindestens das Recht auf Erwirkung des Eingreifens einer Person (...), auf Darlegung des eigenen Standpunkts und auf Anfechtung der Entscheidung“. Alles wörtliche Zitate aus dem Erwägungsgrund 71.

Eine KI-Rüge, die das ermöglicht, fordert zwar zusätzliche Zeit für den Abschluss eines Verwaltungsverfahrens, da noch einmal ein Mensch den Verwaltungsakt prüfen und erlassen muss. Diese Verzögerung tritt vermutlich nur in wenigen Fällen ein, während die Automatisierung der Entscheidung in vielen Fällen Zeit einspart, sodass es unter dem Strich noch sinnvoll sein kann, auch bei der KI-Rüge automatisierte Verwaltungsakte vorzusehen.

Sie ist eben die von der Datenschutz-Grundverordnung vorgesehene Konsequenz für den Einsatz automatisierter Entscheidungen und erhöht deren Akzeptanz angesichts der Befürchtungen über einen Kontrollverlust, wenn KI entscheidet.

Die KI-Rüge ist neben der Beschwerde nach Art. 85 KI-Verordnung zulässig. Sie erfordert ein gewisses Umdenken im Verwaltungsverfahren, aber das ist bei automatisierten Entscheidungen ohnehin notwendig. Sie ist aber in das bestehende Konzept des Verwaltungsverfahrensgesetzes integrierbar. – Vielen Dank.

Herr **Dr. Philipp Richter**: Sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Ministerin, sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich mich ausdrücklich für die Gelegenheit bedanken, hier zusätzlich zum Hessischen Datenschutzbeauftragten Stellung nehmen zu können. Professor Kugelman wäre sehr gerne persönlich gekommen. Wir haben aber heute im Landtag zu gleicher Uhrzeit eine große Veranstaltung zur Elektronischen Patientenakte, die er leitet, und deshalb müssen Sie heute mit mir vorliebnehmen.

Ich würde mich in vielem Professor Roßnagel anschließen und meine Stellungnahme gleich insbesondere auf die Rechtsgrundlagen in den §§ 3, 5 und 6 des vorliegenden Gesetzentwurfs konzentrieren.

Insgesamt bewertet der rheinland-pfälzische Beauftragte den Gesetzentwurf als einen sehr positiven Ansatz, der das Ziel verfolgt, das KI-Verwaltungsrecht mit dem Datenschutzrecht in Einklang zu bringen und die Rechtmäßigkeit des Verwaltungshandelns bei Einsatz von KI für Verwaltungsentscheidungen sicherzustellen.

Zunächst ist zu sagen, dass die hier vorliegenden Normen neben viele andere anwendbare Normen treten würden und dann teilweise im Wege der Spezialität oder auch des Anwendungsvorrangs entschieden werden muss, welches Recht zur Anwendung kommen würde. Da sind insbesondere das Allgemeine Hessische Verwaltungsverfahrensgesetz, das Hessische Landesdatenschutzgesetz, die DSGVO, die KI-Verordnung, aber auch das Sicherheits- und Ordnungsgesetz des Landes Hessen und das Verfassungsschutzgesetz zu nennen.

Im Hinblick auf die Erlaubnisnorm in § 3 Abs. 2 zum Training verwaltungseigener KI ist erst einmal zu sagen, dass es ein sehr positiver, wichtiger Ansatz ist, das hier zu regeln, sodass Verwaltung auch in der Lage ist, eigene KI zu entwickeln.

Im Sicherheitsrecht gibt es zwar Spezialnormen für die Anwendung von KI oder von bisher automatisierten Verfahren, aber nicht zum Training von KI. Hier würden wir es für empfehlenswert halten, Spezialnormen für Polizei und auch Verfassungsschutzbehörden zu schaffen, die dem besonderen Risiko der Grundrechtsträger in diesem Bereich angemessen Rechnung tragen. Ansonsten wäre § 3 dieses Gesetzes, wenn es so käme, automatisch auch anwendbar für diese Behörden. Da sprechen wir eine Empfehlung aus, das noch einmal spezialgesetzlich zu regeln.

Im Hinblick auf § 5 sind ein paar Aspekte zu nennen. Dieser regelt die Vorbereitung von Verwaltungsentscheidungen durch KI, also die Idee, dass eine KI eine Verwaltungsentscheidung, einen Verwaltungsakt oder auch anderes vorbereitet, aber ein Mensch letztendlich entscheidet. Hier ist eine Plausibilitätskontrolle vorgeschlagen. Das ist auch sinnvoll. Wir schlagen vor, das noch zu erweitern. Menschen tendieren dazu, Computerergebnisse ungeprüft zu übernehmen. Die aktuellen KI-Modelle, die man kennt, irren sich in bis zu 40 % aller Fälle. Das war letzte Woche prominent bis in die Tagesschau in den Medien. Das muss man sich vor Augen führen.

Noch dazu haben wir in den Verwaltungen ein hohes Aufkommen von Verfahren und Entscheidungen, die anstehen, und knappe personelle Ressourcen. Wenn das eingeführt wird, werden wir höchstwahrscheinlich einen sehr hohen Druck haben, dass Verwaltungsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen der Vorbereitung von KI relativ schnell, relativ ungeprüft folgen.

Deshalb schlagen wir vor, diese Plausibilitätsprüfung um konkrete Prüfpflichten und auch Dokumentationspflichten zu ergänzen (Checkliste), sodass man nicht hingehen und sagen kann, ja, habe ich geprüft, abgezeichnet, sondern eben konkrete Prüfungen vornehmen muss. Auch das ist ein Schritt, der möglicherweise ein bisschen Geschwindigkeit aus dem Verfahren nimmt und

mehr Überprüfung, aber auch mehr Sicherheit für die Grundrechtsträger mit sich bringt. Wir werden dann immer noch viel Zeitersparnis durch die Vorbereitung haben.

Dann muss man noch sagen, dass die Plausibilitätsprüfung möglicherweise zu kurz greift. Es kommt ein bisschen darauf an, was die KI vorbereiten soll. Soll sie nur den Sachverhalt bzw. den Tatbestand aufbereiten? Dann ist Plausibilitätsprüfung das Richtige. Soll sie aber weitere Dinge vorbereiten, wie eine juristische Subsumtion oder auch eine Ermessensentscheidung, dann reicht Plausibilität nicht mehr so richtig aus. Dann braucht man mehr, dann muss man das erweitern, oder man begrenzt eben diese Vorbereitung gezielt auf Aufbereitung von entscheidungserheblichen Sachverhalten. Dann reicht die Plausibilitätsprüfung in der erweiterten Form unserer Meinung nach aus.

Zu § 6, den voll automatisierten Verwaltungsakten, möchte ich auch noch zwei, drei Punkte anmerken. Zunächst eine Kleinigkeit. In § 6 Abs. 2 gibt es eine Einschränkung für Verwaltungsakte, die Ermessen enthalten. Hier wäre der Beurteilungsspielraum noch im Wortlaut nachzureichen. Er steht in der Begründung. Das würde § 35a HVwVfG entsprechen, das heißt, Verwaltungsakte sollen dann nicht voll automatisiert erlassen werden, wenn sie Ermessen oder einen Beurteilungsspielraum enthalten.

Davon gibt es eine Rückausnahme im Gesetzentwurf, die sagt, wenn es aber eine Fallgruppe gibt, in der sich die Verwaltung durch Praxis schon so weit gebunden hat, dass eigentlich kein Ermessen mehr vorhanden ist, dann soll es doch wieder möglich sein. An der Stelle wären wir noch ein bisschen skeptisch und würde sagen, na ja, aber sobald ein Verwaltungsakt Ermessen drin hat, dann muss man eine Ermessensreduzierung auf null feststellen, um zu sagen: Jetzt hat er keine mehr. – Das ist eigentlich eher eine Prüfung im Einzelfall.

Sinnvoll wäre es auch noch, die besonderen Begründungspflichten aus § 5 Abs. 2 auf den voll automatisierten Verwaltungsakt zu übertragen und zu überlegen, ob die Hochrisiko-Systeme tatsächlich für § 6, für den voll automatisierten Verwaltungsakt, angewendet werden sollen; denn da sind schon einige Fallgruppen dabei, die tief in Grundrechte eingreifen.

Das waren meine Ausführungen. – Vielen Dank.

Herr **Prof. Dr. Peter Parycek**: Sehr geehrte Ministerin, sehr geehrter Staatssekretär, sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung.

Vornweg Gratulation zu dem spannenden Entwurf. Er ist, glaube ich, eine gute Diskussionsgrundlage, mit der die KI in den Verwaltungsverfahren besser, als das vielleicht bisher der Fall ist, angewendet werden kann. Vielleicht ein paar Anmerkungen an der einen oder anderen Stelle.

In § 2 „Begriffsbestimmungen“ haben wir die Wiederholung der europäischen Definition. Somit kann es hier immer wieder auch zu unterschiedlichen Interpretationen kommen. Rein unionsrechtlich betrachtet ist es immer, glaube ich, kritisch zu beurteilen oder zu betrachten, wenn Definitionen beinahe zur Gänze übernommen werden, aber dann doch nicht. Das führt mich auch

zu einer der Fragen, die ich bisher noch nicht gehört habe, inwiefern regelbasierte Systeme unter den Begriff fallen oder nicht. Das wurde auch im Rahmen der EU-KI-Verordnung sehr intensiv diskutiert. Das wäre, glaube ich, an der Stelle auch nicht ganz irrelevant, insbesondere da Verwaltungsverfahren bei Automatisierungsfällen vielfach regelbasiert abgebildet werden können oder auch schon werden.

Bei der Balance insgesamt, die einerseits mit der Möglichkeit der Automatisierung getroffen wird, begrüße ich besonders, dass Sie sich im Gesetz auch mit dem Ermessensbegriff auseinandersetzen und den nicht ganz frei stehen lassen, sondern durchaus sagen, es kann Ermessensentscheidungen oder Ermessensbegriffe geben, die schon derartig hinterlegt sind, dass man sie auch automatisieren kann. Ich glaube, das ist eine sehr gute Entwicklung, eine sehr begrüßenswerte auch im Sinne der Verwaltungseffizienz.

Im Gegenstück dazu die Balance mit der KI-Rüge, die, glaube ich, auch schon positiv erwähnt wurde, die dem Bürger und dem Unternehmen durch eine sehr effiziente Verwaltung schnellere Entscheidungen liefern und quasi das Verfahren auf null zurücksetzen kann. Das heißt, ich habe keinen Verlust in den Instanzen, aber eine wesentlich schnellere, effizientere Erstentscheidung, die ich auch wieder als Bürger oder als Unternehmer infrage stellen kann.

Der letzte Punkt, den ich kurz ansprechen möchte, den ich am kritischsten beurteile, ist die Einrichtung einer Zentralen Anlaufstelle für Systeme künstlicher Intelligenz. Nicht die Einrichtung, die begrüße ich sehr, auch die Aufgaben, die beschrieben sind. Da könnte man durchaus überlegen, es noch weiter im Sinne von einer Brücke zur Wirtschaft und zu Reallaboren auszubauen. Da, wo ich allerdings einen großen Zielkonflikt sehe, ist, es mit dem Datenschutzbeauftragten zu verknüpfen, weil wir einfach unterschiedliche Zielausrichtungen haben.

Ich habe beim Datenschutz die Kontrolle, die Aufsicht, die Rechtswahrung im Fokus. Naheliegenderweise habe ich bei einer Einrichtung, wie sie beschrieben ist, aber die Innovation im Fokus. Das ist per se eigentlich ein Zielkonflikt, den man innerhalb einer Organisation schwer bis nicht darstellen kann. Daher hier eine ganz klare Trennung: Wenn man eine Aufsicht zu gewissen Fragestellungen möchte, dann die im Bereich Datenschutz belassen, aber für den Innovationsteil eine unabhängige Organisation gründen. Verschärfend kommt hinzu, dass im Gesetzeswortlaut zu finden ist: weisungsgebunden an den Datenschutzbeauftragten. Da sieht man schon, hier ist eine sehr, sehr enge Anbindung an den Hessischen Datenschutzbeauftragten zu betrachten. Das ist nicht innovationsfördernd, ganz auf Basis der Grundlage, dass wir einen Zielkonflikt vorliegen haben.

Damit sage ich an der Stelle vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Ich freue mich schon auf die Diskussion.

Herr **Prof. Dr. Kristian Kersting**: Frau Vorsitzende, sehr geehrte Ministerin, Herr Staatssekretär, Abgeordnete, meine Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf ist aus meiner Sicht ein positiver und wichtiger Schritt. Er zeigt, dass Hessen die Chancen und Herausforderungen bei

künstlicher Intelligenz ernst nimmt und Regeln schaffen will, sodass die Innovation ermöglicht wird, aber Grundrechte auch nicht gefährdet werden.

In einer Zeit, in der Verwaltung durch demografischen Wandel, Fachkräftemangel, wachsende Erwartungen an digitale Leistungen unter großem Druck steht, kann KI zu einem entscheidenden Hebel werden. Sie kann Routinearbeiten übernehmen, Anträge auf Vollständigkeit prüfen, Bürgerinnen und Bürger schneller informieren und Mitarbeitende entlasten. Sie schafft Zeit für das, was menschliches Urteilsvermögen wirklich braucht, die komplexen, wertebasierten Entscheidungen, die wahrscheinlich kein Algorithmus treffen kann, aber das wird die Zukunft zeigen.

Aus meiner Sicht legt der Gesetzentwurf genau dafür ein solides Fundament. Er betont transparent Nachvollziehbarkeit und die Wahrung der Bürgerrechte. Er erkennt, dass die öffentliche Verwaltung ihre eigenen Werte in KI-Systeme einbringen muss, statt nur fremde Technologien zu übernehmen. Er schafft erste Strukturen für Kompetenzaufbau und Kontrolle.

Das ist ein starkes Signal, aber es reicht nicht aus; denn der Entwurf bleibt aus meiner Sicht zu vorsichtig und in Teilen zu technisch ungenau. Er betrachtet KI vor allem als Risiko, nicht als Werkzeug, das den Staat leistungsfähiger machen kann. Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass KI dazu beiträgt, Prozesse zu vereinfachen. Dass KI dazu beitragen kann, ist, glaube ich, außerhalb der Diskussion. Gerade im öffentlichen Dienst ist sie kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um Verwaltung menschlicher und zugleich effizienter zu machen.

Auch sprachlich braucht der Entwurf Nachschärfung. Wenn in der Begründung zum Beispiel von KI-Systemen als „black boxes“ die Rede ist, dann ist das ein veraltetes Bild; denn viele Systeme – wir haben eben regelbasiert gehört, Entscheidungsbäume sind auch regelbasiert – sind inhärent erklärbar. Große Sprachmodelle, von denen wir, glaube ich, hier eigentlich reden wollen, werden zunehmend kontrollierbarer und nachvollziehbarer. Das heißt, nicht die KI – wobei man sich auch fragen kann, was die KI überhaupt ist – ist intransparent, sondern bestimmte Modellklassen. Das ist ein wichtiger Unterschied, den ein modernes Gesetz anerkennen sollte.

Ebenso entscheidend ist die Transparenz gegenüber den Menschen. Bürgerinnen und Bürger müssen verstehen, wann und wie KI in Verwaltungsverfahren eingesetzt wird. Ich plädiere aber dafür, dass die Transparenz zweistufig gestaltet wird: eine allgemein verständliche Erläuterung für alle und eine technische Dokumentation für Fachleute. Denn es bringt nichts, etwas zu erklären, was jemand nicht versteht.

Zentral für die Umsetzung des Gesetzes ist aus meiner Sicht die geplante Zentrale Anlaufstelle für Systeme künstlicher Intelligenz (ZAKI). Sie darf keine reine Verwaltungsstelle werden – auch das wurde schon angesprochen –, sondern muss ein echtes Kompetenzzentrum werden. Dafür haben wir in Hessen hervorragende Voraussetzungen; denn wir haben hessian.AI, wir haben das DFKI, wir haben ZEVEDI, wir haben den AI Quality & Testing Hub. Wenn wir das gemeinsam denken, dann können wir nicht nur eine Verwaltungsstelle schaffen, sondern echte Kompetenz vorantreiben.

Allerdings möchte ich hier die Chance nutzen, darauf hinzuweisen, dass ich glaube, wir sollten auch ein HAISI schaffen, wenn wir schon bei ZAKI sind, nämlich das Hessische AI Safety Institute nach dem Vorbild, wie es in UK, aber auch in Amerika schon existiert; denn ich glaube, es ist nicht nur eine rein juristische Prüfung wichtig, sondern eben auch eine gesellschaftliche und technische Prüfung, was bei KI überhaupt möglich ist.

Darüber brauchen wir eine Aufklärung; denn Gesetze allein schaffen nicht das Vertrauen, Wissen aber schon. Deswegen müssen wir auch Bürgerinnen und Bürger, aber auch Verwaltungsangestellte in KI trainieren und weiter das Verständnis vorantreiben, was KI überhaupt ist, um Missverständnisse zu vermeiden und die Akzeptanz zu stärken.

Rechtlich – aber da sollte ich nicht zu viel zu sagen, weil ich dafür kein Experte bin –, denke ich, sollte man auch ein bisschen aufpassen, dass nicht jedes fehlerhafte Verhalten gleich zu einer Nichtigkeit des Verwaltungsaktes führen könnte; denn vielleicht sollten wir darauf eher achten, dass es bei denjenigen ist, bei denen sich die Entscheidung am Ende wirklich ändern würde. Denn ich glaube, Nachhaltigkeit braucht eben auch dieses Vertrauen seitens der Technik.

Nachhaltigkeit braucht aber auch weitere Substanz; denn KI-Systeme müssen, wie angesprochen, energieeffizient, ressourcenschonend und langfristig wartbar betrieben werden. Aber das muss auch so passieren, dass der Einsatz nachhaltig bleibt und nicht die Energie zur Abschaffung der KI führt.

Insgesamt ist dieser Entwurf aus meiner Sicht ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Aber Hessen sollte mutiger sein. Wir brauchen ein KI-Gesetz, das nicht nur bremst, sondern befähigt, das Rechtssicherheit schafft und zugleich Gestaltungskraft freisetzt. KI kann unsere Verwaltung nicht ersetzen, aber sie kann sie stärken. Sie kann helfen, dem Staat ein neues digitales Selbstbewusstsein zu geben. Wenn angemessene Regulierung, Aufklärung und technologische Kompetenz zusammenspielen, kann Hessen zeigen, dass KI kein Risiko für die Demokratie ist, sondern ein Werkzeug, sie zukunftsfest zu machen. – Danke.

### **Erste Fragerunde**

Abgeordnete **Nina Eisenhardt**: Erst einmal einen großen Dank an die Anzuhörenden sowohl für die eingereichten Stellungnahmen, aber auch für ihr Erscheinen heute und dass Sie uns heute mit Ihrer Zeit und Expertise für Fragen zur Verfügung stehen.

Ich habe vier Themenbereiche, zu denen ich meine Fragen stellen möchte, und werde natürlich immer benennen, an wen sie sich richten.

Der erste Themenbereich ist die Erlaubnisnorm, die Ermöglichung von automatisierten Verwaltungsakten. Hier hat auch der Hessische Datenschutzbeauftragte darauf hingewiesen, dass § 35a HVwVfG deutlich vor der künstlichen Intelligenz geschaffen wurde und deshalb dieses Gesetz, das wir vorgelegt haben, den automatisierten Verwaltungsakt auch erst ermöglicht. Meine

Fragen richten sich deshalb an die beiden Datenschutzbeauftragten von Hessen und Rheinland-Pfalz: Wo liegen aus Ihrer Sicht die Vorteile einer gestuften Regelung, wie wir sie in den Absätzen 4 bis 6 vorgeschlagen haben, und wofür braucht es diese Regelungen?

Meine zweite Frage in dem Bereich wäre auch an Sie, aber auch an Herrn Professor Kersting. Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat in seiner Stellungnahme eine Experimentierklausel vorgeschlagen, was ich eine spannende Überlegung finde, weil das natürlich noch mehr in der Entwicklung ermöglichen würde.

Da würde mich auf der einen Seite aus der Sicht der Datenschutzbeauftragten interessieren, welche gesetzlichen Rahmenbedingungen man für den Einsatz von personenbezogenen Daten für eine Experimentierklausel bräuchte, aber vielleicht auch aus der Perspektive von hessian.AI für die Entwicklung von neuen KI-Systemen? Welche Möglichkeiten könnte eine solche Experimentierklausel schaffen?

Ein zweites Thema wäre der Bereich KI-Rüge. Zur KI-Rüge haben wir wahrgenommen, dass es viele Bedenken seitens einiger Anzuhörenden gibt. Jetzt ist sie in Schleswig-Holstein schon im Einsatz. Deshalb wäre meine Frage an die Anzuhörenden, weil es viele Bedenken bezüglich der bürokratischen Auswirkungen dieses Instruments gibt – diese Frage richtet sich an alle vier Sachverständigen, die wir gehört haben –: Sehen Sie weitere Möglichkeiten, die bürokratischen Auswirkungen dieses Instruments weiter zu reduzieren?

Insbesondere eine Frage an die beiden Datenschutzbeauftragten. Sie haben einen Erfahrungsschatz mit Beschwerden und Sorgen, die Bürgerinnen und Bürgern beim Einsatz von digitalen Tools beschäftigen. Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten und auch den bürokratischen Aufwand, was die KI-Rüge angeht?

Mein drittes Thema betrifft ZAKI, also die Zentrale Anlaufstelle für Systeme künstlicher Intelligenz. Hierzu liegen sehr gemischte Rückmeldungen vor. Auch das haben wir wahrgenommen. Jetzt gibt es seit September, also deutlich nach unserem Gesetzentwurf, den Referentenentwurf auf Bundesebene für ein Marktüberwachungsgesetz. Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat in seiner Stellungnahme ausgeführt, dass er diesen Vorschlag als nicht verfassungsgemäß ansehen würde. Das muss auf Bundesebene diskutiert werden.

Mich würde interessieren, wie Sie aus Ihrer Perspektive insbesondere der Datenschutzbeauftragten die Frage beurteilen, die auch andere Anzuhörende aufgeworfen haben, ob es in Deutschland am Ende 17 Anlaufstellen gibt oder eine; dies aus der Sicht der Betroffenen, weil sie die Erfahrung auch mit den Beauftragten für den Datenschutz haben, und im Gegensatz dazu der Landkreistag beispielsweise darin einen Vorteil sieht, dass er in Hessen weiterhin dieselbe Anlaufstelle hat.

Noch einmal eine Frage auch in dem Zusammenhang an hessian.AI. Herr Professor Kersting, Sie haben sich auch mit der Frage Kompetenzzentrum usw. auseinandergesetzt. Wir haben in Hessen – das ist in Ihrer Stellungnahme auch deutlich geworden – viel Kompetenz an unterschiedlichen Stellen. Deswegen würde mich interessieren, wie Sie sich die unterschiedlichen Rollen innerhalb von Hessen vorstellen. Ist es richtig, dieses Kompetenzzentrum bei ZAKI

anzusiedeln, oder ist es nicht vielleicht tatsächlich besser bei hessian.AI angesiedelt, und man überlässt dem Datenschutzbeauftragten sozusagen die Überwachung und die Umsetzung der Regulierungen, die es gibt? Wie ist da vielleicht ein Rollenverständnis? Herr Roßnagel, wenn Sie dazu etwas sagen wollen, natürlich auch gerne. – Vielen Dank.

Abgeordneter **Markus Fuchs:** Meine Frage geht an Professor Roßnagel, und zwar beziehe ich mich auf seine schriftliche Stellungnahme. Sie sprachen davon, dass eine solche gesetzliche Regelung erforderlich sei, um die Rechtmäßigkeit des Einsatzes von KI-Systemen in der hessischen Verwaltung, zumindest aber die Rechtssicherheit, zu gewinnen. Daraus könnte man schließen, dass aus Ihrer Sicht der Einsatz von KI bis jetzt rechtswidrig sei.

Ich habe Sie aber eben in Ihren mündlichen Ausführungen eher so verstanden, dass aus Ihrer Sicht eine gesetzliche Regelung zwar nicht zwingend nötig sei, aber dringend anzuraten. Das wäre meine Frage, wie ich das zu interpretieren habe. – Vielen Dank.

Abgeordneter **Oliver Stirböck:** Eine Frage an Professor Kersting. Sie haben gesagt, dass Sie in dem Gesetzentwurf zu sehr die Risiken von künstlicher Intelligenz betont sehen. Das tue ich auch. Ich wollte nachfragen, welches die Hauptgründe sind, dass Sie der Auffassung sind, dass die Risiken zu sehr betont sind.

Herr **Prof. Dr. Alexander Roßnagel:** Die erste Frage betraf das Thema automatisierte Entscheidungen, durch KI vorbereitete Entscheidungen und die gestuften Anforderungen dafür. Ich denke, dass das vom Prinzip her sehr passend ist.

Bei einer durch KI als Assistenzsystem vorbereiteten Entscheidung habe ich noch die Verantwortung der Verwaltungsmitarbeiterin, die die Hilfe der KI in Anspruch nimmt, aber die durch Verwaltungsakte verursachten Grundrechtseingriffe werden dann doch noch von der Person, die dafür zuständig ist, getroffen. Man hat dann als betroffener Grundrechtsträger die Möglichkeit, leichter zu intervenieren, und kann eigene Aspekte, die man berücksichtigt haben will, entsprechend einbringen.

Bei der automatisierten Entscheidung überlässt man alles der künstlichen Intelligenz und kommt dann in Probleme der Verantwortung. Man kann die Verantwortung eigentlich nur bezogen auf denjenigen geltend machen, der das System entwickelt hat oder der das System einsetzt. Aber im konkreten Fall, in dem es um das Grundrecht des einzelnen Bürgers geht, hat man dann keine Möglichkeiten mehr für Rechtsschutz.

Es kann in vielen Fällen großen Sinn machen, automatisiert zu entscheiden, wenn das Routinefälle sind, wenn das Massenangelegenheiten sind. Aber für die vielen Ausnahmen, die es geben kann, muss man irgendein Instrument vorsehen, dass ein Grundrechtsschutz trotzdem noch möglich ist.

Wenn man dann die Möglichkeit hat, eine KI-Rüge vorzutragen, dann denke ich, ist das der passende Ausgleich – vorhin war das Wort Balance genannt –, automatisierte Entscheidungen plus KI-Rüge oder KI als Assistenzsystem im jetzigen Verwaltungsverfahren. Das wären die zwei Szenarien, bei denen dann jede Verwaltung überlegen muss, ob sie auf das eine oder auf das andere setzt. KI kann auf jeden Fall genutzt werden, dann mit entsprechenden Folgen.

Die zweite Frage betraf die Experimentierklausel. Man darf sich vermutlich nicht zu viel Besonderes darunter vorstellen, weil der hessische Gesetzgeber nur Regelungen treffen kann, Ausnahmen von hessischem Recht zu machen. Ausnahmen gegenüber der KI-Verordnung, Ausnahmen gegenüber der Datenschutz-Grundverordnung, Ausnahmen gegenüber dem BDSG – das ist alles ausgeschlossen für den hessischen Gesetzgeber.

Aber trotzdem kann es Sinn machen, dass man räumlich, zeitlich, personell die Möglichkeit schafft, von einer Rechtsregel abzusehen, um zu sehen, ob man auf diese Regelungen verzichten kann oder ob man sie modifizieren kann. Oft werden Regelungen getroffen, die auf Vermutungen beruhen. Menschen werden so oder so reagieren, oder das hat so und so systemische Auswirkungen.

Vielleicht wäre es im einen oder anderen Fall besser, man würde es einmal ausprobieren, bevor man dann eine abschließende Regelung trifft. Da könnte eine Experimentierklausel dann helfen. Aber wie gesagt, nur für das, was der hessische Gesetzgeber auch regeln kann.

Zur KI-Rüge. In Schleswig-Holstein gibt es sie jetzt seit ca. zwei Jahren. Das hat noch niemand wahrgenommen. Ich weiß aber auch nicht, ob in Schleswig-Holstein automatisierte Entscheidungen stattfinden. Vermutlich ist der ganze Anwendungsfall – Da hat man vorgegriffen. Aber es liegt nicht daran, dass keine KI-Rüge erstellt oder eingewandt wurde, weil es ein schlechtes Instrument ist, sondern daran, dass der Sachverhalt, bei dem das zutreffen würde, noch nicht vorliegt.

Bürokratische Auswirkungen und der Vergleich zu Beschwerden. Ja, bei Beschwerden haben wir ziemlich viel mit Querulanten zu tun. Mit denen muss man hier an der Stelle auch rechnen. Es wird sicher den einen oder die andere geben, die dann KI-Rügen einlegen, nur weil es eine automatisierte Entscheidung ist.

Aber wenn es um Massenverfahren geht, dann denke ich, wird die Bilanz so sein, dass man es mit ein paar querulatorischen Eingaben, mit ein paar berechtigten Eingaben zu tun hat, aber die große Masse automatisiert entschieden werden kann, sodass es doch sinnvoll ist, insgesamt das System einzusetzen. Die Akzeptanz des ganzen Systems wird sicher viel höher sein, wenn es die Möglichkeit gibt, von einer solchen KI-Rüge Gebrauch zu machen, auch wenn das ganz selten der Fall ist.

Wenn man bedenkt, wie viel personenbezogene Daten in Hessen tagtäglich verarbeitet werden, dann ist die Zahl in einer Größenordnung von 4.000 bis 5.000 Beschwerden, die wir im Jahr haben, doch eine recht kleine Zahl. Sie ist für uns als Behörde eine viel zu hohe Zahl, weil uns das Personal fehlt, um diese Beschwerden ausreichend sorgfältig zu bearbeiten, aber bezogen

auf die irrsinnig vielen Verarbeitungen personenbezogener Daten ist das doch eine recht geringe Zahl. So ähnlich würde ich mir das dann auch bei einer KI-Rüge vorstellen. Das wird im Einzelfall dazu führen, dass sich Verwaltungsverfahren verzögern, aber im Regelfall wird die automatisierte Entscheidung, die vorausgesetzt ist, zum Vorteil der Verwaltung sein.

Ihre Frage zum Grundrechtsschutz durch ZAKI. Da würde ich gerne auf die Argumentation von Herrn Parycek eingehen, der Datenschutzbeauftragte für den Grundrechtsschutz und die Marktüberwachung für Innovation. Ich glaube, das erkennt ein klein wenig die Regelung in der KI-Verordnung und erkennt auch die Problematik, die damit verbunden ist.

Es geht um Hochrisiko-Systeme, wenn es um die Marktüberwachung geht. Bei Hochrisiko-Systemen ist es so, dass die im Anhang III der KI-Verordnung geregelt sind. Das Kriterium für den Einsatz oder für die Bestimmung, was ein Hochrisiko-System ist, steht in Art. 7 Abs. 1 Buchst. b der KI-Verordnung. Ein Hochrisiko-System ist dann, wenn KI-Systeme ein Risiko der Schädigung in Bezug auf die Gesundheit und Sicherheit bergen und nachteilige Auswirkungen auf die Grundrechte haben. Dieses Risiko gleicht dem Risiko der Schädigung oder der nachteiligen Auswirkung.

Die Marktüberwachung ist dafür da, Grundrechtsbeeinträchtigungen durch KI zu überwachen und zu beseitigen. Dann kann man nicht sagen, das ist bei demjenigen, der ohnehin für Grundrechtsschutz und Beseitigung von Grundrechtsbeeinträchtigungen zuständig ist, die falsche Stelle, sondern das ist genau die richtige Stelle, weil Hochrisiko-Systeme so definiert sind, dass sie Grundrechte gefährden. Dann ist das die allerbeste Stelle, um Marktüberwachung zu machen, zumal – das will ich noch einmal betonen – es Bürokratieabbau ist, wenn man das so machen würde.

Wenn die Bundesnetzagentur diese Marktüberwachung macht, dann bin ich jedes Mal dabei, weil es um personenbezogene Daten und um die Verarbeitung personenbezogener Daten in KI-Systemen geht. Es ist die Aufgabe des Datenschutzbeauftragten, da tätig zu sein.

Wenn man nicht will, dass die Bundesnetzagentur und der HBDI sich um den gleichen Fall kümmern, kann man es nur einem geben. Die Bundesnetzagentur ist in der DSGVO nicht als die Behörde vorgesehen, die für den Datenschutz zuständig ist. Wenn man also Grundrechtsschutz und Bürokratieabbau will, dann geht es nur so.

Ich habe jetzt noch nicht Bezug zu Art. 83 ff. GG oder Art. 74 KI-Verordnung genommen, in denen nämlich das Gegenteil steht. Da ist nicht vorgesehen, dass eine Bundesbehörde wie die Bundesnetzagentur Länderbehörden wie die hessische Polizei, hessische Schulen oder hessische Universitäten beaufsichtigt. Wenn dort KI eingesetzt wird – es geht um den Einsatz der KI in diesen Behörden –, dann kann es nur eine hessische Behörde sein, die die Kompetenzen von Hessen in der Verwaltung wahrnimmt. Insofern müssen wir hier einen Moment weiter denken als nur über den Unterschied zwischen Grundrechtsschutz und Innovation. Ich würde sogar so sagen: Ohne Grundrechtsschutz keine Innovation. – Aber jetzt wird es ziemlich technik-philosophisch. Ich breche diesen Punkt ab und komme noch kurz zu Herrn Fuchs.

Wenn man künstliche Intelligenz in der Verwaltung benutzt, um Bescheide vorzubereiten oder um Konferenzen zusammenzufassen, dann ist das im Regelfall kein Problem. Wenn es aber – das ist hier der Fall – um die Verarbeitung personenbezogener Daten für die Vorbereitung oder den Erlass eines Verwaltungsaktes geht, dann brauche ich dafür eine gesetzliche Ermächtigung, dass diese Datenverarbeitung so stattfinden darf.

Jetzt habe ich die Ermächtigung für private Unternehmen in Art. 6 Abs. 1 Unterabschnitt 1 Buchst. f, wenn die Unternehmen überwiegende berechtigte Interessen verfolgen. Diese Erlaubnis der Datenverarbeitung ist Behörden versagt. Deswegen müssen die eine eigene Ermächtigung in Hessen oder im Bund haben, je nachdem, welche Verwaltung das ist. Es wird diskutiert – aber das ist der Ritt auf der Rasierklinge –, dass § 3 HDSIG möglich wäre; höchst umstritten. Wenn man Rechtsunsicherheit vermeiden will, dann vermeidet man diese Argumentation. Dann braucht man eine Erlaubnis für das Training mit personenbezogenen Daten durch Verwaltungsbehörden.

Noch viel gravierender wird das Ganze, wenn man betrachtet, wenn es um besondere Kategorien personenbezogener Daten geht. Dann bin ich nämlich in Art. 9 DSGVO. Dieser sieht in Absatz 1 vor, dass diese Datenverarbeitung gar nicht erfolgen darf. Ausnahmsweise darf sie erfolgen, wenn nach Art. 9 Abs. 2 Buchst. g zur Verfolgung eines öffentlichen Interesses Regelungen getroffen sind, die die berechtigten Interessen des Betroffenen ausreichend gewährleisten.

So etwas brauchen wir. Dann können wir sogar KI mit Gesundheitsdaten einsetzen oder trainieren. Wir können KI mit Daten des Verfassungsschutzes trainieren. Aber wir brauchen dafür Regelungen, die diesen Vorgaben der Datenschutz-Grundverordnung entsprechen. Die haben wir momentan noch nicht.

Ich will nicht sagen, dass es den einen oder anderen Juraprofessor gibt, der Aufmerksamkeit dadurch erregt, dass er jetzt eine steile These ausgibt, man könnte diese oder jene Datenverarbeitung im Kontext mit KI auch ohne eine solche Regelung durchführen. Aber das ist alles höchst umstritten. Eine Rechtsprechung gibt es dazu noch nicht.

Wenn man den KI-Einsatz fördern will, dann kann man ihn dadurch fördern, dass man hier Rechtsklarheit schafft und keine Streitereien mehr zulässt. Das ist möglich.

Ein erster Schritt ist dieser Gesetzentwurf, der jetzt erlaubt, über solche Fragen zu diskutieren und sich zu überlegen, wie das ganz konkret aussehen könnte. – Entschuldigung, dass es so lange gedauert hat.

Herr **Dr. Philipp Richter**: Ich kann mich auch hier wieder in vielem meinem Vorredner anschließen, insbesondere zu den Themen Zuständigkeit, Zentralisierung von KI und auch Aufsicht, die am Rande angesprochen worden ist. Für diese Dinge gibt es auch in der Datenschutzkonferenz abgestimmte Positionen. Da sind wir beieinander. Dazu brauche ich selbst nicht viel ausholen.

Ich möchte die erste Frage aufgreifen, was der Vorteil dieser Abstufung zwischen § 5 und 6 ist, also der Unterscheidung zwischen Entscheidungsvorbereitung und voll automatisierter Entscheidung. Es steckt noch eine weitere Stufung drin, zumindest in § 5, nämlich die Stufung zwischen normaler KI und Hochrisiko-KI. Ich würde diese zweite Stufung noch zumindest für § 6 in Erwägung ziehen. Diese Stufungen sind risikoangemessen und auch grundrechtsangemessen.

Wenn eine Vorbereitung von KI-Entscheidungen ausreicht, um Effizienz in der Verwaltung zu erreichen, dann sollte man diesen Schritt auch nutzen. Nicht automatisch alles voll automatisiert zu machen, ist sinnvoll und angemessen; denn die voll automatisierte Entscheidung kann einen deutlich tieferen Grundrechtseingriff für die Menschen, für die Bürger bedeuten.

Ich möchte noch kurz darauf eingehen, warum ich es auch bedenkenswert finde, diese Stufung, die in § 5 zwischen normaler KI und Hochrisiko-KI vorhanden ist, auch für § 6 noch einmal zu überdenken, bei der voll automatisierten Entscheidung sogar zu überdenken: Muss man das, will man das mit Hochrisiko-KI-Systemen machen?

Hochrisiko-KI-Systeme sind nicht irgendwie KI-Systeme, die gefährlicher rechnen, sondern es ist, wie Professor Roßnagel ausgeführt hat, in der KI-Verordnung festgelegt, was das für Systeme sind. Dieses Risiko orientiert sich eher an der betroffenen Grundrechtssphäre, also nicht daran, wie gefährlich ein Computer rechnet, sondern daran, was für Grundrechte betroffen sind. Da sind Szenarien aufgeführt, wie die Entscheidung über die Bewerberauswahl, Entscheidungen über Bildungswege, Prüfungsentscheidungen und auch Entscheidungen über den Zugang zu öffentlich-rechtlichen Sozial- und Gesundheitsleistungen zum Beispiel.

Die Dinge, die von Hochrisiko-Systemen vorbereitet oder entschieden werden können, können tatsächlich extrem tiefe Grundrechtseingriffe für Menschen bedeuten. Deshalb sind eine Abstufung und eine Auswahl zwischen diesen beiden Instrumenten durchaus angemessen.

Zur Experimentierklausel kann ich ganz kurz sagen – Professor Roßnagel hat es schon ausgeführt –, die Voraussetzungen einer solchen Experimentierklausel – dahin ging die Frage auch ein bisschen – sind eigentlich schon gegeben. Wir haben die Datenschutz-Grundverordnung, wir haben die KI-Verordnung, und die können wir auch nicht beseitigen. Also diese Voraussetzungen dafür sind eigentlich gegeben.

In dem Rahmen, in dem man aber etwas machen kann, ist das im Bereich der KI-Regulierung durchaus etwas, was jetzt häufiger probiert wird, Regelungen wie das sogenannte Sandbox-Verfahren, also begleitete Verfahren, in denen man unter Behördenbegleitung Dinge einfach ausprobieren kann, auch unter abgeschwächten Voraussetzungen. Das sind durchaus sinnvolle Instrumente, um Erfahrungen zu sammeln, möglicherweise für einen eingeschränkten Zeitraum oder für einen eingeschränkten Bereich.

Zur KI-Rüge. Die Frage ging dahin, welches Potenzial man sieht, um die entstehende Bürokratie mit der KI-Rüge zu reduzieren. Ich würde die Frage ein bisschen umbauen und sagen: Ist das denn sinnvoll? – Ein Instrument wie diese KI-Rüge wird dringend benötigt. Es ist angemessen und es geht auch nicht ohne. Die voll automatisierten Verwaltungsentscheidungen liegen genau

im Anwendungsbereich von Art. 22 DSGVO. Automatisierte Entscheidungen mit Rechtswirkung gegenüber Menschen sind erst einmal verboten. Es gibt aber eine Öffnungsklausel in der Datenschutz-Grundverordnung. Eine der Voraussetzungen dafür, dass diese Öffnungsklausel erfüllt ist, damit wir diese voll automatisierten KI-Verwaltungsakte überhaupt einführen können, ist genau so etwas wie die KI-Rüge. Das schreibt die Datenschutz-Grundverordnung vor. Solche Sicherungsmaßnahmen müssen getroffen werden.

Die KI-Rüge ist aus meiner Sicht ein ziemlich gut gemachtes Werkzeug, das genau dieser Öffnungsklausel der Datenschutz-Grundverordnung entspricht. Ohne ein solches Werkzeug in der Art wird es nicht gehen. Ich glaube auch, dass die KI-Rüge für die Akzeptanz dieser neuen Technologie in der Verwaltung sehr wertvoll sein wird. Ich glaube auch, dass sie sich auf eine geringe Anzahl beschränken wird, mit der man dann eben umgehen können muss. Für angemessen halte ich sie auch deshalb, weil man sich vor Augen führen muss, dass in weiten Bereichen von Verwaltungsentscheidungen die Widerspruchsverfahren abgeschafft wurden. Man hat für die Bürger als erste Schwelle, wenn sie sich gegen eine Verwaltungsentscheidung (voll automatisiert durch KI) wehren möchten, die Klage. Das ist doch eine sehr hohe Hürde, um solche Entscheidungen auch überprüfen zu lassen.

Ganz kurz noch zu der Frage: Ist es sinnvoll, so etwas wie die Zentrale Anlaufstelle für Systeme künstlicher Intelligenz 17 Mal vorzuhalten anstatt einmal? Das ist natürlich die Diskussion, wie viel Sinn föderalistische Verwaltung macht oder nicht. Ich bin der Meinung, man muss ab und zu die Vorteile von föderalistischer Verwaltung, wie sie auch das Grundgesetz etabliert, noch einmal herauskehren und sagen: Wir haben Aufsichtsbehörden, die sowohl an den Bürgern als auch an den Unternehmen im Bundesland nah dran sind. Man hat über Jahrzehnte viel Kompetenz aufgebaut, und ich gehe davon aus, dass man mit dezentralen Landesbehörden in ihren Zuständigkeitsbereichen, wenn auch nicht annähernd genug, doch mehr Personal hätte als bei einer Zentralstelle, um die Aufgaben auch zu erfüllen. – Vielen Dank.

Herr **Prof. Dr. Peter Parycek**: Danke an Professor Roßnagel, dass Sie es noch einmal angesprochen haben. Da war ich offensichtlich zu wenig präzise. Die Aufsichtsteile, so wie vorgeschlagen, natürlich ganz klar beim Datenschutzbeauftragten, nur zur Klarstellung. Nur die Innovationsteile – das war mein Punkt –, die jetzt gefallen sind, wie Etablierung einer Sandbox, eventuell auch das Zusammenspiel mit einer Experimentierklausel, falls man die noch in den Entwurf aufnehmen sollte, Zusammenarbeit, vor allem interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Wissenschaft, sind Elemente, die stärker dem Innovationsteil zuzuordnen sind. Da sehe ich ein wenig einen Zielkonflikt, nicht was die Aufsichtsteile betrifft. Deswegen bin ich dankbar, dass Sie es noch einmal angesprochen haben, weil wir da einer Meinung sind.

Zur KI-Rüge nur sehr kurz und knapp, ob Verfahrenseffizienz oder bürokratische Aufwände damit verbunden sein könnten. Aus der Erfahrung heraus kann man vor allem auf ein Organ schauen, das jetzt schon über mehrere Jahre in Österreich gelaufen ist, das Kinder- und Familiengeld, wo voll automatisiert das Kinder- bzw. in Österreich Familiengeld auf das Konto der

Mutter überwiesen wird. Hier sind wir im sehr, sehr niedrigem einstelligen Bereich. Da müsste man jetzt noch einmal offiziell die Zahlen nachfragen, wo es diesbezüglich Nachfragen gibt.

In aller Regel werden sich Automatisierungen von Verfahren vor allem bei Positivbescheiden anbieten. In der Balance dann mit der KI-Rüge, wie schon genannt, habe ich auf der einen Seite die Automatisierung von Massenverfahren. Dann bleiben vielleicht ein paar wenige Elemente über, die ich dann noch einmal händisch nachbearbeiten muss. Der Aufwand, der durch eine KI-Rüge entstehen kann, fällt im Vergleich zum Potenzial der Einsparung daher definitiv nicht ins Gewicht. Ich glaube, bei der KI-Rüge insgesamt zur Akzeptanzsteigerung bei den Bürgerinnen sind wir, wenn ich das jetzt so sagen darf, alle einer Meinung. Das ist ein wirksames und wichtiges Instrument, um dieses Vertrauen herzustellen.

Die Zeit, also die vier Wochen, kann ich als Verwaltung gut mit einplanen, dass ich in diesen vier Wochen mein Verfahren kurz anhalte, darauf warte, ob eine Rüge kommt. Wenn nicht, ist das Verfahren automatisiert in meinem IT-System abgeschlossen. – Danke.

Herr **Prof. Dr. Kristian Kersting**: Ich möchte mit etwas anfangen, was mir in vielen Diskussionen, nicht nur in Hessen, sondern auch in Berlin, immer wieder auffällt. Wir reden so, als wenn KI genau so ist, wie sie jetzt gerade ist, und alles bleibt dabei.

Viele Einschätzungen, mit denen wir aktuell begründen, können sich aber übermorgen ändern oder haben sich auch schon jetzt geändert. Deswegen, glaube ich, müssen wir ganz stark die Vorteile eben in den Vordergrund stellen. Deswegen dort nochmal: Warum werden die Risiken betont? Ich glaube, das liegt in der Natur der Sache, wenn es um Gesetze geht, weil wir uns absichern wollen. Trotzdem können wir versuchen, öfter erst einmal das Positive in den Vordergrund zu stellen; denn sonst haben wir das Problem, dass wir uns immer wieder nachjustieren müssen, was das Negative ist. Davor habe ich ein wenig Bedenken.

Ich möchte das noch einmal verdeutlichen. Es gibt in der Forschung die Idee – sehr prominent vertreten –, dass auch das, was bei uns im Gehirn abläuft, nichts anderes als Algorithmen sind. Sie kennen das auch alle. Sobald ich das nicht KI nenne, sondern Wirtschaftswissenschaften, sind sie alle damit d'accord. Darauf möchte ich hinweisen.

Wir müssen aufpassen, dass das Label KI nicht diesen Reflex hervorruft: Wir müssen regulieren. Regulieren an sich – damit möchte ich kurz auf die KI-Rüge kommen – finde ich aber völlig normal. Ich möchte nicht in einem rechtsfreien Raum leben, in dem ich mich nicht auch beklagen darf. Ich finde das sehr normal. Da müssen Sie nur aufpassen, dass es nicht zur „Denial-of-Service Attacke“ werden kann. Das soll heißen: zu viele Anfragen, zu viele Rügen. Aber da scheint die Empirie aktuell eher positiv zu sein, also eher negativ.

Sonst könnte man sogar darüber nachdenken, weil auch in der Forschung wieder ähnliche Probleme auftreten, ob man ein KI-System baut, das zumindest eine Einschätzung abgibt, ob eine Rüge Erfolg hat oder nicht. Man kann KI auch dafür benutzen.

Wir machen das in der Begutachtung bei uns in der Forschung, weil wir mittlerweile sonst zu viel begutachten müssen. Dann versucht man, die Einreichung vorher schon zu verbessern. Wir können auch überlegen, ob man KI-Systeme als Service anbietet, um gewisse Anträge seitens der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Damit zurück zur Experimentierklausel. Ich glaube, die ist extrem wichtig, schon alleine als Message für die, die die Systeme entwickeln, dass sie vielleicht zumindest auch die Möglichkeit haben, etwas flexibler damit umzugehen. Ich möchte das verdeutlichen.

Wir haben gerade über das BMWI einen großen Projektantrag, um souveräne KI in Deutschland zu entwickeln. Die erste Frage, die seitens Fraunhofer kam – das ist jetzt einfach nur Zufall –, war: Ist das Copyright? Dürfen wir das jetzt so denken oder nicht? – Das heißt, wir reden die ganze Zeit erst einmal nur über etwas, anstatt das System zu entwickeln, obwohl das der Auftrag von dem Projekt ist.

Wir können genauso gut, während wir entwickeln, diese Frage stellen, oder auch am Ende, wenn wir annehmen, dass wir in dem Projekt diese Experimentierklausel ausnutzen dürften, gerne natürlich mit Reallaboren, wie auch Hessen schon wieder vorangegangen ist, oder auch mit Sandboxen.

Ich glaube, das ist einfach etwas, was wir unheimlich machen müssen, weil KI dynamisch ist und wir aufpassen müssen, dass wir uns an die neuen Bedingungen herantasten können und ausprobieren müssen.

Damit dann zu dem letzten Punkt, der gefragt wurde, zu ZAKI. Ich bin ein großer Verfechter. KI ist überall relevant, und das kriegen wir überall gerade mit. Das heißt aber auch, dass nicht ein einzelner Experte oder eine einzelne Expertin immer etwas sagen kann. Es gibt Aufgaben, da gibt es Spezialistinnen, und es gibt Aufgaben, da gibt es andere Spezialistinnen. Deswegen glaube ich, müssen wir KI manchmal so ein bisschen wie so ein Dorf sehen, um ein Kind großzuziehen. Da haben wir akzeptiert, dass es mehrere braucht. Das braucht es bei KI vielleicht eben auch. Deswegen glaube ich schon an ein Ökosystem.

Jetzt müssen wir nur überlegen, ob wir ZAKI so in der Gänze brauchen oder ob wir gewisse schon im AI Testing & Quality Hub schon haben oder in anderen Institutionen. Das ist das, was ich glaube, was wir wirklich brauchen, nämlich ein Netzwerk. Wir werden uns wundern, was auch in Zukunft wiederum in anderen Gebieten mit der KI oder durch KI oder in der KI entstehen wird. Darauf müssen wir flexibel reagieren können.

Deswegen glaube ich nicht, dass die Aufgaben von ZAKI als ein Beispiel bei hessian.AI aufgehoben werden sollten, weil ich glaube, wir sind dafür auch von der Rechtsform gar nicht vorgesehen. Wir sind einfach ein Zusammenschluss von Universitäten, ohne auf die Rechtsform einzugehen. Ich glaube allerdings, dass wir beratend sehr wohl helfen können.

Jetzt geht es nicht nur beratend im Sinne von: Was sollten wir machen? – Ich glaube, das können wir oft gar nicht sagen, weil wir gar nicht die Experten sind, aber technisch. Mir fehlt einfach in zu vielen Gremien in Deutschland die technische Expertise. Was passiert? Wir machen den

Vergleich mit den Menschen. Aber KI-Systeme sind noch weit weg vom Menschen. Trotzdem machen wir genau diesen Vergleich und treffen dann Entscheidungen, manchmal auch im Datenschutz, die ich nicht ganz so sehe. Aber das können wir gerne ein anderes Mal diskutieren.

Ich möchte eben nur darauf hinweisen, oft ist doch die Frage: Ist es technisch überhaupt schon möglich, sind wir da überhaupt? Mit dieser Expertise können wir als hessian.AI helfen. Dann stellt sich aber die Frage auch bei ZAKI, wo denn überhaupt die Infrastruktur ist. Auch dort hat Hessen vorgesorgt, zumindest im ersten Schritt mit dem Innovationslabor, dann zusammen mit dem Bund im Servicezentrum, mit unseren Rechenstrukturen 42, 43.

Aber das kann auch nur der erste Schritt sein; denn wenn diese Verwaltung mit KI anfängt zu laufen, dann brauchen wir sicherlich noch ein bisschen mehr Recheninfrastruktur. Aber auch dort könnte hessian.AI den Teil übernehmen, aber vielleicht nicht den Service; denn wir sind keine Serviceeinheit. Das kann es einfach, glaube ich, nicht sein.

Trotzdem glaube ich, als Netzwerk, wo wir miteinander reden, wo wir helfen, unterstützen, ganz klar, und da hat Hessen einfach super vorgelegt. – Danke.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. Damit sind wir mit der ersten Frage-Antwort-Runde am Ende. Für die zweite Runde habe ich eine Wortmeldung von Herrn Kaffenberger. Gibt es weitere? – Nein, dann bleibt es bei der einen Wortmeldung.

### **Zweite Fragerunde**

Abgeordneter **Bijan Kaffenberger:** Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Zunächst auch von mir an alle Anzuhörenden vielen Dank für die Einreichung der Stellungnahmen und die heutige Anwesenheit. Ich würde an Herrn Professor Parycek und Herrn Professor Kersting eine Frage richten.

Wir haben den Referentenentwurf zur Durchführung der KI-Verordnung. Ich glaube, es ist rund zwei Monaten her, dass die Länder- und Verbändeanhörungen auf Bundesebene eingeleitet wurden. Wir haben heute schon ein bisschen über das Bundesgesetz gehört, dass da die zentrale Beschwerdestelle und die Marktaufsicht enthalten ist.

Ich bin kein Grundrechtsexperte. Ich probiere einmal, es politisch einzuordnen. Wir haben bei der Bundesnetzagentur auch andere regulatorische Dinge, die Landesbehörden durchführen können, aber vielleicht nicht zwingend müssen. Beim Thema Strom oder so gibt es auch kleine Unternehmen, und ganz Große werden dann auch aus Berlin durch Beleihung an die Bundesnetzagentur überwacht. Ich würde sagen, eine einheitliche Aufsicht kann bei solchen großen Themen wie künstliche Intelligenz auch durchaus Vorteile haben.

Ich würde jetzt noch einmal vielleicht die Frage an Sie beide richten. Wenn wir jetzt solche Instrumente wie KI-Rüge haben oder es die zentrale Marktaufsicht gibt, macht es denn dann Sinn, jetzt

ein Gesetz zu schaffen und gegebenenfalls eine Stelle zu benennen, die Aufgaben übernehmen soll, wenn es dann eventuell bald auch eine bundesgesetzliche Regelung gibt, von der wir noch nicht wissen, wie sie final aussieht, und ob wir dann prozessual eigentlich jetzt, wenn die andere Anhörung auch noch nicht abgeschlossen ist, an der richtigen Stelle sind, um hier neu gesetzliche Grundlagen zu schaffen, von denen wir quasi nicht wissen, ob sie im Konflikt mit welchen stehen, die gleichzeitig auf anderen Ebenen verhandelt werden, auch gerade im Hinblick auf das Thema Innovation?

Herr **Prof. Dr. Peter Parycek**: Vielen Dank für die Frage. Damit greifen Sie ein Thema auf, dem sich auch die neue Regierung angenommen hat, mit dem Anspruch einer Harmonisierung – wie immer das dann in weiterer Folge ausschauen soll, das übersteigt momentan noch meine Vorstellungskraft – der Datenschutzaufsichtsbehörden in der Positionierung.

Die Frage des Datenschutzes und mit KI sehen wir jetzt in einer neuen Dimension aufgehen, inwiefern das föderal zusätzlich geregelt werden soll, also wie viele Datenschutzgesetze Deutschland braucht, wie viele KI-Gesetze Deutschland braucht. Da gehen die Meinungen, glaube ich, sehr stark auseinander.

Ich glaube, in diesem Raum wird es wahrscheinlich sehr viele starke Argumente geben, warum Hessen sowohl im Datenschutz einen eigenen Datenschutzbeauftragten braucht, als auch ein eigenes Datenschutzgesetz, als auch vielleicht ein weiteres Gesetz im KI-Bereich.

Auf der Bundesebene schaut das vielleicht schon ein bisschen anders aus. Entscheidend wäre für mich eher die Frage in der Wirtschaft, weil da hat es wohl die stärkste Auswirkung. Auf die jeweiligen Bürger und Bürgerinnen sind die Auswirkungen vielleicht überschaubar. Allerdings kann es bei Organisationen, die landesübergreifend agieren, immer wieder auch zu interessanten Ausformungen kommen.

Ich kann das nur kurz aus dem universitären Bereich berichten, wo es durchaus eine Herausforderung sein kann, weil gewisse Einschätzungen der Datenschutzbeauftragten der unterschiedlichen Länder nicht zueinander passen und die Kommunikation selbst zwischen Universitäten durchaus die eine oder andere Hürde nimmt, oder man bewegt sich in den Graubereich hinein.

Für Unternehmen ist das sicher noch einmal etwas dramatischer, weil wir viele Fälle haben, wo man über die Landesgrenzen hinweg agiert und dann unterschiedliche Gesetze, also Auslegungen davon hat. Aber ich glaube, das würde jetzt ein wenig den Rahmen dieser Anhörung sprengen.

Was die IT-Rüge betrifft – das ist jetzt der dritte Strang –, wir könnten natürlich auch hier eine Initiative zur Vereinheitlichung aller Verwaltungsverfahrensgesetze schaffen – auch das wäre durchaus ein spannendes Projekt – und in diesem Zuge alle E-Government-Gesetze, die über die letzten 15 Jahre entstanden sind, bereinigen oder vielleicht integrieren, als auch dann beispielsweise die IT-Rüge, die jetzt in diesem Gesetz einen Wiederkehr findet, weil sie im allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz einen nicht deutlich ausreichende Widerhall gefunden hat. Das

ist eine spannende Frage, die man leider, glaube ich, in dieser Runde nicht final wird beantworten können.

Es ist vor allem eine politische Fragestellung ist. Da müssen sich alle Länder und Minister und Ministerinnen in die Augen schauen, in welchen Bereichen man tatsächlich eine umfassende Harmonisierung will und ob sie sich auch rechnet, weil sie sicher ein aufwändiger Prozess wäre und daher nur zu rechtfertigen ist, wenn wir damit nachweisliche Mehrwerte für die Wirtschaft generieren können.

Herr **Prof. Dr. Kristian Kersting**: Vielen Dank für die Frage. Ich glaube, dass ich eigentlich der falsche Antwortgeber bin, aber ich versuche es trotzdem.

Ich sehe ZAKI aktuell als ein Gedankenkonstrukt, was mir erlaubt, zu überlegen, wie wir unsere Expertise aus Hessen in Hessen als auch im Bund einbringen. Aus der Hinsicht, glaube ich, ist zumindest das existierende Ökosystem mit etwas neuen Aspekten aus der ZAKI sehr wohl relevant.

Wie man das umsetzt – juristisch als auch politisch – muss ich zum Glück nicht beantworten, kann ich aber auch nicht beantworten. Aber ich glaube, wir haben in Hessen Voraussetzungen, die wir wirklich im Bund einbringen können oder sollten, und sogar auch in Europa. Darum geht es mir, dass wir diese Chance nicht verpassen. Da geht es dann auch um Factories, AI-Factories und AI-Giga-Factories und über die Diskussionen, die wir dort haben.

Das ist alles, was ich damit sagen wollte, das sehr Positive. Wie man das wirklich macht? Ich helfe gerne, aber ich weiß nicht, ob ich hilfreich bin.

**Vorsitzende**: Vielen Dank. – Mit diesem Schlusswort schließen wir jetzt den ersten Block der Anhörung ab und kommen direkt zum zweiten Block. Auch hier bitte ich Sie, sich an die vorgegebene Redezeit von fünf Minuten zu halten. – Zunächst erteile ich Herrn Danneberg das Wort.

## **Block 2**

Herr **Marc Danneberg**: Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren, auch von meiner Seite ganz herzlichen Dank, dass wir Stellung nehmen dürfen und ich heute bei diesem wirklich wichtigen Thema dabei sein darf. 81 % der Unternehmen sagen, KI ist die wichtigste Zukunftstechnologie.

Der Einsatz von KI-Tools in den Unternehmen hat sich innerhalb von fünf Jahren von 6 % auf 36 % erhöht. Das zeigt, dass es sehr wichtig ist, dass auch die Verwaltung nachzieht. Das ist im entsprechenden Gesetzentwurf gut skizziert. Ich begrüße deshalb ausdrücklich, dass der

Gesetzentwurf eine ganz klare Erlaubnisnorm ist, die sich damit beschäftigt, wie KI-Tools in der Verwaltung eingesetzt werden können.

Wenn wir mit den Unternehmen sprechen, gibt es im Wesentlichen drei Herausforderungen oder Hürden, die es derzeit häufig noch schwer machen, KI in der Verwaltung einzusetzen. Das eine sind modernisierungsbedürftige öffentliche IT-Infrastrukturen, die häufig noch nicht cloudbasiert sind und ganz viele KI-Tools letztendlich als cloudbasierte Anwendungen genutzt werden. Das Zweite sind rechtliche Unsicherheiten. Die dritte Hürde sind sehr komplexe Beschaffungsprozesse. Zwei der drei Punkte möchte ich heute nur ganz kurz anschneiden, weil sie nicht Teil des Gesetzentwurfs sind. Das Thema der rechtlichen Unsicherheiten würde ich aber sehr gerne adressieren.

Zum Thema der Modernisierung öffentlicher IT-Infrastruktur möchte ich nur so viel sagen, dass unserer Einschätzung nach Hessen auf einem guten Weg ist. Es ist wirklich wichtig, entsprechend auf eine Cloudifizierung der Verwaltung zu setzen. In einem nachgelagerten Schritt können dann auch KI-Tools verstärkt eingesetzt werden.

Bei der Frage der rechtlichen Unsicherheiten ist es gut, dass mit dieser Erlaubnisnorm mehr rechtliche Klarheit geschaffen wird und das insbesondere auch in Bezug zum AI-Act erfolgt. Wenn wir uns jetzt diese drei Punkte anschauen, ZAKI, Transparenzregister und KI-Rüge, die die Schwerpunkte darstellen, dann sind die grundsätzlich auch zu begrüßen. Aber der Punkt liegt immer im Detail. Da möchte ich insbesondere den Fokus auf das Transparenzregister legen. Viele andere Dinge wurden auch schon erwähnt.

Wir haben in der Anhörung sehr viel über Hochrisiko-Systeme und den Einsatz von Hochrisiko-Systemen gesprochen, was auch sehr nachvollziehbar ist. Aber es gibt sehr viele KI-Tools, die sich im Bereich des geringen Risikos, diese Low-Risk-Systeme, bewegen. Das ist zwar ein geringes Risiko, aber trotzdem ein großer Effekt. Das sind eher Tools, die eingesetzt werden, um Verwaltungshandeln zu unterstützen, also gar nicht unbedingt automatisierte Verwaltungsentscheidungen.

Das kann dann so etwas sein wie eine automatische Sitzungserfassung und Protokollierung, die Vorbereitung von Entscheidungsvorlagen oder die Vorbeantwortung von Bürgeranfragen. Das setzt häufig auf Daten auf, die ohnehin öffentlich sind. Das hat alles kein allzu großes Risiko.

Wir kennen das auch aus dem persönlichen Leben. Ganz viele Apps, die wir persönlich nutzen, haben mehr und mehr KI-Elemente. Perspektivisch könnte es durchaus sein, dass der Großteil der IT, den wir überhaupt in den nächsten Jahren einsetzen, irgendwelche KI-Elemente hat.

Damit möchte ich sagen, bei einem Transparenzregister, bei dem grundsätzlich alle KI-Systeme erfasst werden müssen, kann das sehr schnell, sehr aufwendig und sehr umfassend werden. Deswegen würde ich dafür plädieren, dass man das entsprechend auf die Systeme, die sich eher in diesem Hochrisiko-Bereich aufhalten, eingrenzt. Deshalb haben wir diese Abstufung, die auch total richtig ist, entsprechend im Gesetzentwurf.

Ganz kurz zur KI-Rüge. Das schafft sicherlich aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger mehr Vertrauen in die Nutzung von KI, auch in diesem Hochsicherheitsbereich. Da wäre unser Plädoyer, noch einmal zu schauen, inwiefern man vielleicht ein bisschen stärkere Leitplanken setzen kann, beispielsweise durch Fristsetzungen oder kürzere Fristsetzungen, damit einfach ein solches Instrument nicht missbraucht wird und am Ende dann der Nutzen ausgewogen ist.

Abschließend, ich hatte vorhin noch gesagt, quasi die dritte Hürde sind komplexe Beschaffungsprozesse. Da möchte ich auch noch ein bisschen einen Blick nach vorne richten. Was kann man eigentlich tun, um die Nutzung von KI-Systemen in der Verwaltung zu fördern? Parallel läuft derzeit ein sehr spannender und sehr wichtiger Prozess. Das ist die Modernisierungsagenda föderal, in der quasi auch die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen neu geregelt wird. Ich möchte sehr dafür plädieren, dass man sich an Dingen orientiert, die im Ausland gut funktionieren, beispielsweise die Government-Cloud in UK. Da können Behörden heute schon eine Vielzahl an kleinen KI-Tools sehr einfach beziehen.

Wenn man das in Deutschland einheitlicher regeln würde, das heißt eine Plattform aufbaut, bei der man klare Anforderungen für KI-Tools definiert, insbesondere diese kleineren ohne großes Risiko, die man dann über diese Plattform zur Verfügung stellt und sicherstellt, dass Bund, Länder und Kommunen das einfach beziehen und nutzen können, dann wäre das ein wirklich sehr, sehr großer Gamechanger.

Wir sprechen hier dann von dynamischen Beschaffungssystemen, die im föderalen Kontext genutzt werden. Das wäre noch ein Plädoyer. Ich weiß, es ist nicht Teil des Gesetzentwurfs, aber ich finde, es gehört hier dazu. Deshalb wollte ich das auch gerne noch kurz ansprechen. – Vielen Dank.

**Frau Julia Langhammer:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich auch im Namen des DGB Hessen-Thüringen für die Einladung und bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass Sie dieses Thema aufgegriffen und den Gesetzentwurf vorgelegt haben. Es ist ein relevantes Thema, und wir begrüßen die im Gesetzentwurf genannten Ziele auch im Grundsatz.

Die künstliche Intelligenz gehört immer mehr zum beruflichen und privaten Alltag und verändert das Arbeiten. Das ist unser Themenfeld grundlegend. Es ist per se weder gut noch schlecht, sondern es bedarf guter Regelungen.

Als DGB schauen wir auf die Frage, wie sich die Digitalisierung, in dem Fall der spezielle Aspekt der künstlichen Intelligenz, auf die Qualität der Arbeit auswirkt und was für rechtliche und tatsächliche Auswirkungen auf die Beschäftigten damit verbunden sind, hier in dem Fall in der Verwaltung, wo Sie ja quasi auch Arbeitgeber und Dienstherr sind und eine besondere Verantwortung tragen.

Ich gehe im Schriftlichen auf den Gesetzentwurf im Detail ein, möchte mich jetzt aber nicht auf einzelne Paragraphen beziehen und nicht alles vortragen, sondern einige wichtige Punkte

hervorheben; denn Sie haben es bestimmt schon gelesen oder vielleicht schon lesen können, besonders wichtig sind für uns Aspekte, die nicht im Gesetzentwurf stehen.

Die KI hat wie jede Technologie Potenziale und Risiken. Sie reichen von Unterstützung in der Arbeit, von Entlastung und Aufwertung der Arbeit, aber auch hin zu Überwachungsrisiken, zum Risiko der Arbeitsintensivierung, zur Simplifizierung oder auch des Arbeitsplatzverlustes bei wiederholbaren Tätigkeiten.

Jede gesetzliche Regelung zum Thema Verwaltung, egal ob KI oder irgendetwas anderes, muss daher aus unserer Sicht auch die Beschäftigten im Blick haben. Die künstliche Intelligenz wird die Beschäftigten jeweils absehbar – ich glaube, das haben jetzt auch alle so gesagt – nicht ersetzen, sondern es geht um Zusammenarbeit bzw. die Unterstützung der menschlichen Arbeit. Deswegen sind wir der Auffassung, dass im Gesetzentwurf als Voraussetzung und Zweck des Einsatzes in der Verwaltung auch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen genannt sein sollte; denn dafür bietet es Potenzial, das muss aber auch genutzt werden.

Auch der Beschäftigtendatenschutz sollte eine prominentere Rolle spielen. Wir haben deswegen vorgeschlagen, den Schutz der Privatsphäre und der Persönlichkeitsrechte sowohl der Bürger und Bürgerinnen als auch der Beschäftigten als Ziel aufzuführen.

Offen ist auch aus unserer Sicht, wer bei Fehlern oder dem Halluzinieren von KI, wenn es trotz der menschlichen Letztentscheidung nicht auffällt, haften würde. Das ist für die Beschäftigten aber eine sehr wichtige Frage.

Wir wissen auch nicht, wie mit den Erfahrungen in den zahlreichen KI-Projekten, die auch durch das Land Hessen vorangestellt werden, wie mit den systematischen Auswertungen der Beschäftigterfahrungen daraus umgegangen wurde und wie die eingeflossen sind; denn wir sind fest davon überzeugt, dass Digitalisierungsprojekte eine Beteiligung und die aktive Teilhabe der Beschäftigten voraussetzen. Sonst kann man gesetzlich alles Mögliche regeln. Die Praxistauglichkeit und auch der tatsächliche und erfolgreiche Einsatz im Verwaltungshandeln – darum geht es im Ziel des Gesetzes – sind nicht gegeben, oder jedenfalls werden die Potenziale nicht genutzt.

Deswegen – auch das können Sie noch einmal im Detail nachlesen, ich möchte es hier nur kurz andeuten – ist es wichtig, dass die Mitbestimmungsrechte der Personalräte bei allen Digitalisierungsprojekten gestärkt werden müssen. Im Moment sind die Mitbestimmungstatbestände nicht ausreichend und vor allem die Verfahren nicht geeignet, die Beschäftigten von Anfang an in der erforderlichen Weise einzubinden.

Wir sehen insbesondere Risiken, auch wenn wir jetzt hier nicht so negativ sein wollen, was die persönlichen Daten der Beschäftigten und die unzulässige Überwachung angeht. Das ist jedenfalls teilweise auch mit großen Ängsten bei den Kolleginnen und Kollegen verbunden.

Deswegen muss durch eine umfassende Mitbestimmung der Personalvertretungen sichergestellt werden, dass Dienststellen nicht einseitig entscheiden, sondern die Beschäftigten erstens mitgenommen werden, zweitens ihre Expertise berücksichtigt wird und drittens auch ihre Rechte gewahrt werden. Dafür ist das Hessische Personalvertretungsgesetz aktuell nicht gut gerüstet,

insbesondere weil bei allen Mitbestimmungstatbeständen, die in § 78 Abs. 1 geregelt sind, der Arbeitgeber oder der Dienstherr zum Schluss nach einem längeren Verfahren abschließend entscheidet, was in vielen Fällen die Mitbestimmung schwächt und das Aushandeln des wirklich besten Ergebnisses nicht ermöglicht.

Ergänzt werden sollte außerdem, dass Personalrätinnen und Personalräte bei Projekten und Einführungen von Anfang an mit einbezogen werden und diese auch das Recht haben, externe Sachverständige bei Digitalisierungsvorhaben hinzuzuziehen, denn ich denke – das wurde insbesondere in der ersten Runde schon deutlich –, dass diese sehr speziellen Rechtsmaterien von den Kolleginnen und Kollegen Personalräten natürlich nicht ohne externen Sachverstand abschließend bewertet werden können.

Schließlich sieht die KI-Verordnung bereits jetzt vor, dass die Arbeitgeber und Dienstherrn verpflichtet sind, wenn KI eingesetzt wird, die Beschäftigten entsprechend zu qualifizieren, das heißt, die Beschäftigten, die mit KI-Systemen arbeiten, dafür kompetent sein müssen. Das sollte auch als eine Voraussetzung des Einsatzes von Verwaltungs-KI Berücksichtigung finden, auch, weil rechtsstaatliches Handeln, wenn die Kompetenzen und auch die Fähigkeit zur Bewertung bei den Kolleginnen und Kollegen nicht vorhanden sind, nicht möglich sein wird bzw. zumindest nicht sichergestellt ist.

Schließlich ist sicherzustellen, dass Beschäftigte auch durch technische Neuerungen nicht abgehängt werden, sondern teilhaben und damit eben nicht Überforderung und Verlust von Selbstbestimmung, sondern mehr Möglichkeiten und neue Arten des Arbeitens erleben können und positiv davon partizipieren, wenn neue Systeme eingeführt werden.

Zusammenfassend: Wir begrüßen die Initiative und sehen die Erforderlichkeit von klaren, transparenten Regelungen. Das Thema ist wichtig, es fehlt uns aber definitiv die Beschäftigtenperspektive. Wenn es um Verwaltung geht, dann muss die Beschäftigtenperspektive bei Regelungsvorhaben Berücksichtigung finden.

Auch wenn das nicht Kerngegenstand des Gesetzentwurfs ist – das ist uns natürlich klar –, ist es aber aus unserer Sicht wichtig, dass das immer mit bedacht wird und auch entsprechend in den Gesetzentwurf die Instrumente einfließen, um dann die KI auch zum Praxiserfolg zu machen, der von den Beschäftigten partizipativ mit bestimmt und mit entwickelt werden kann. Ich denke, das ist auch angesichts der Materie und des Themas der neuen Zusammenarbeit und der neuen Möglichkeiten angemessen und sollte von Ihnen mit berücksichtigt werden. Deswegen wollte ich Ihnen das gerne mitgeben. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und freue mich auf die weitere Debatte zu dem Thema.

Frau **Franziska Seidel**: Auch von meiner Seite herzlichen Dank für die Einladung. Sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrter Herr Staatssekretär, sehr geehrte Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Im Namen von D64 – Zentrum für Digitalen Fortschritt danke ich Ihnen für die Einladung zur heutigen Anhörung.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Hessische Landtag das Thema Künstliche Intelligenz in der Verwaltung aktiv aufgreift. Unser Ziel ist, dass KI verantwortungsvoll, transparent und bürgernah eingesetzt wird.

Der Gesetzentwurf enthält viele richtige Impulse, etwa den Vorrang menschlicher Aufsicht, Transparenzpflichten und die KI-Rüge, die Bürgern und Bürgerinnen ermöglicht, automatisierte Entscheidungen überprüfen zu lassen.

Gleichzeitig sehen wir aber auch deutliche Grenzen dieser Initiative. Der Entwurf überschneidet sich in wesentlichen Punkten mit bestehenden EU- und Bundesregelungen, insbesondere der EU-KI-Verordnung und dem geplanten KI-Marktüberwachungs- und Innovationsförderungsgesetz. Ein eigenständiges Landesgesetz in dieser Form würde bei unklarem Mehrwert eher zusätzliche Bürokratie und Unsicherheit schaffen.

Wir halten es deshalb für zielführender, die Ziele des Gesetzes über untergesetzliche Regelungen umzusetzen, also durch Verwaltungsvorschriften, Leitfäden oder Schulungsprogramme. Damit könnten die auch in § 1 genannten Prinzipien wie Transparenz, Fairness, technische Sicherheit und menschliche Verantwortung praxisnah und entlastend in den Verwaltungsalltag übertragen werden.

Ein Beispiel, wo Hessen dennoch eine Vorreiterrolle übernehmen könnte, sind grundrechtssensible Bereiche. So regen wir an, Behörden mit polizeilichen Aufgaben sowie im Bereich Migration und Asyl von den in der EU-KI-Verordnung vorgesehenen Ausnahmen auszunehmen. Die Verordnung erlaubt den Mitgliedstaaten ausdrücklich, strengere Regelungen für den Einsatz biometrischer Fernerkennung im öffentlichen Raum zu erlassen.

Da diese Technologien in der Regel durch Landesrecht, etwa in den Polizeigesetzen, geregelt sind, hätte Hessen hier die Gelegenheit, ein klares Signal für Grundrechtsschutz und Transparenz zu setzen.

Wir begrüßen außerdem den in § 8 Abs. 3 vorgesehenen Aufbau von KI-Kompetenzen in der Verwaltung. Sollte auf Landesebene eine zentrale Stelle wie die Zentrale Anlaufstelle für KI-Systeme, kurz ZAKI, geschaffen werden, sollte sie mit ausreichenden personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet werden, um Beratung, Schulung und Unterstützung wirksam leisten zu können. Darüber hinaus sollte die ZAKI aktiv den Austausch mit Bundes- und Landesstellen suchen, um Wissen und Kompetenzen zu bündeln.

Wir empfehlen zudem, dass die Landesregierung darauf hinwirkt, den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit im Rahmen des KI-Marktüberwachungs- und Innovationsförderungsgesetzes stärker an der Durchsetzung der in der EU-KI-Verordnung vorgesehenen Vorschriften zu grundrechtssensiblen Hochrisiko-Anwendungen zu beteiligen. So könnte Hessen zu einem aktiven Partner in den bundesweiten Aufsichtsstrukturen werden und zugleich sicherstellen, dass Grundrechtsschutz und technologische Entwicklungen Hand in Hand gehen.

Unser Fazit lautet: Hessen sollte das Ziel eines verantwortungsvollen KI-Einsatzes weiterverfolgen, aber nicht durch ein eigenes Landesgesetz in dieser Form. Praktische Leitlinien, Schulungen

und koordinierte Umsetzung mit EU- und Bundesrecht sind der wirksamere Weg. Ein solcher Ansatz würde die Akzeptanz und Wirksamkeit der Regulierung erhöhen und den Weg für eine gemeinwohlorientierte, grundrechtskonforme und bürgernahe Nutzung von künstlicher Intelligenz in der Verwaltung ebnen. – Danke für die Aufmerksamkeit.

### **Erste Fragerunde**

Abgeordnete **Nina Eisenhardt**: Auch an Sie herzlichen Dank für Ihre Stellungnahme und Ihre Anwesenheit heute. Ich habe erst einmal zwei Fragen in der ersten Runde. Meine erste Frage richtet sich an Herrn Danneberg von der Bitkom. Sie haben das Transparenzregister sowohl schriftlich als auch heute mündlich angesprochen. Die Überlegungen dazu, die Sie geäußert haben, sind für uns auch erst einmal nachvollziehbar.

Aus meiner Sicht gibt es, wenn man sagt, man möchte das Transparenzregister knapper fassen oder auf einen kleineren Anwendungsbereich begrenzen, dann zwei Möglichkeiten, wie man das normieren könnte. Das eine ist der Vorschlag, den Sie gemacht haben, sozusagen die Low-Risk-Kategorie auszuklammern. Die zweite Möglichkeit wäre, sich alternativ nur auf Systeme zu beschränken, die unter die §§ 5 und 6 des Gesetzes fallen, die also direkt auf Verwaltungsakte bezogen sind. Das war meine Überlegung, wie man das handhabbar machen könnte.

Wenn man sich auch andere Stellungnahmen anschaut, beispielsweise von NExT e.V., so haben diese durchaus aufgeschrieben, dass ein solches Transparenzregister auch verwaltungsintern zu einer Transparenz führt, dass die eine Hand weiß, was die andere tut und dasselbe nicht zweimal beschafft wird, oder aber auch, dass auch Unternehmen davon profitieren, wenn sie wissen, wo noch Potenziale in der Verwaltung sind, welche Systeme gerade im Einsatz sind, wo sich vielleicht auch Entwicklung lohnt, mit wem man mal Kontakt aufnehmen kann, wenn man ein entsprechendes Softwareangebot hat.

Es gibt am Transparenzregister, wenn man es einschränkt, einen gewissen Trade-off auf der einen Seite, was den Aufwand angeht, aber eben auch, was Synergien angeht, mit Blick auf Verwaltung und Unternehmen. Da würde mich noch einmal Ihre Einschätzung dazu interessieren.

Meine zweite Frage richtet sich an Frau Langhammer vom DGB. Vielen Dank auch für Ihre Ausführungen, welcher Änderungen es im Personalvertretungsrecht bedarf. Ich glaube, das ist etwas, was dieser Ausschuss durchaus an die Kolleginnen und Kollegen weitergeben kann, die das hessische Personalvertretungsrecht beraten.

Mich würde aber noch einmal etwas interessieren. Wir wollen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf schaffen, dass es gerade im Bereich automatisierter Verwaltungsakte eine Entwicklung oder eine Rechtsgrundlage gibt, die bisher nicht existiert. Bisher ist es durch § 35a VwVfG nicht möglich, solche automatisierten Verwaltungsakte in dem Umfang zu machen, wie sie dieses Gesetz ermöglichen würde.

Wie schauen Sie aus Sicht der Personalvertretung darauf, auch auf die Möglichkeit der Entlastung, aber eben auch auf die Möglichkeit, hier eine klare Rechtsnorm zu haben, die solche Entwicklungen – das ist unsere Perspektive – auch begünstigen würde, dass man im Bereich automatisierter Verwaltungsakte erst einmal überhaupt investiert, solche Lösungen zu schaffen? Momentan ist das, wie gesagt, rechtlich noch nicht möglich. – Das wären erst einmal meine zwei Fragen.

Abgeordneter **Matthias Körner**: Vielen Dank auch an die Anzuhörenden in der ersten Runde. Da hatte ich keine Fragen formuliert, aber ich freue mich natürlich, dass Sie vorgetragen haben. Ich habe Ihnen aufmerksam zugehört. Ich weiß aus eigenem Erleben, was da für eine Arbeit drinsteckt, das dann hier vortragen zu können. Vielen Dank.

Ich hätte zwei Fragen, eine an Frau Langhammer mit der Bitte, uns losgelöst vom Entwurf und von der eigenen Stellungnahme mit einer Einschätzung zum Eilbedarf zu helfen. Es ist vorhin in den Debatten – in der ersten Runde oder in den Fragen – deutlich geworden, dass in verschiedener Art und Weise einerseits eine Notwendigkeit nach zeitnahen Regelungen formuliert worden ist, einfach weil das Thema mittlerweile mit einer gewissen Brisanz auf dem Tisch liegt.

Andererseits ist an mehreren Stellen diskutiert worden, dass so etwas wie die Gefahr von Doppelstrukturen – insbesondere im ersten Teil fand ich, dass das mehrfach deutlich wurde –, auch von sich teilweise widersprechenden Doppelstrukturen gesehen wird, was eher dafür sprechen würde, zunächst einmal im Land abzuwarten, welche Regelungen wir im Bund zeitnah sehen, um sich dann entsprechend einzuklinken, um das dann nicht alles wieder revidieren zu müssen.

Von daher meine Frage, Frau Langhammer: Wie sehen Sie das mit der Eile? Ist das Thema momentan in der Verwaltung in der Schärfe da, dass man sagt, wir müssen erst einmal dringend irgendwas schnell regeln, damit wir bestimmte In-Richtungssetzungen und auch Signalisierungen für die Beschäftigten, in dem Sinne, was Sie beschrieben haben, absetzen können, oder wäre es eher sinnvoll, im Sinne von Doppelstrukturvermeidung erst einmal zu sagen, man kann einen Prozess, der im Bund jetzt stattfindet, noch einmal abwarten? – Vielen Dank.

Herr **Marc Danneberg**: Die Frage zielt auf die Eingrenzung beim Transparenzregister mit diesen zwei Wegen ab, also dass man die Low-Risk-Systeme herausnimmt. Das war unser Vorschlag, den finde ich nach wie vor gut. Aber eine mögliche Eingrenzung auf § 5 und § 6 bzw. entsprechendes Verwaltungshandeln nach § 5 und § 6 ist durchaus auch eine Option. Ich würde dann nur empfehlen, klarzustellen, dass man sich auf KI-Systeme mit direkter Beteiligung bezieht.

Ich möchte das an einem Beispiel illustrieren. Wenn wir uns jetzt vorstellen, es geht beispielsweise um die Auszahlung einer Beihilfe oder einer Sozialleistung, dann haben wir Systeme im Kopf, die den eigentlichen Antragsprozess übernehmen und dann zu einer Entscheidung kommen. Ich glaube, das ist das, was man entsprechend im Blick haben möchte.

Es ist aber auch denkbar, dass ein System eingesetzt wird, das zum Beispiel Anträge für eine solche Beihilfe oder einfach Verwaltungsleistungen entsprechend bestimmten Kriterien vorsortiert oder priorisiert. Da würde ich sagen, sind wir jetzt nicht in einer direkten Beteiligung des KI-Systems an einer Verwaltungsentscheidung entsprechend § 5 oder § 6. Das ist da, glaube ich, ein bisschen die Herausforderung.

Der zweite Punkt war die Frage, inwiefern ein Transparenzregister einen guten Überblick über Best Practices in der Verwaltung verschafft. Ich finde, das ist auch sehr nachvollziehbar. Ich würde das aber eher nicht gesetzlich regeln, dass man das so entsprechend zusammenträgt. Ich glaube, da gibt es wahrscheinlich auch andere Möglichkeiten, einen Überblick über Lösungen zu haben, die in der Verwaltung eingesetzt werden.

Ich hatte vorhin kurz das Thema der Plattformen im Bereich der Beschaffung angesprochen. Das wäre ein Ansatz, dass man klar definiert, unter welchen Bedingungen man KI-Tools einsetzen kann und dann quasi eine Plattform für den Bezug bereitstellt. Darum hat man einfach sehr, sehr viele Lösungen auf der Plattform, die natürlich auch ein Interesse daran haben, sich gut zu präsentieren. Das wäre eher ein wettbewerblicher Ansatz mit Blick auf Transparenz über die Vielfalt an KI-Systemen, die man in der Verwaltung einsetzen kann.

Frau **Julia Langhammer**: Vielen Dank für die Fragen. – Ich würde noch einmal kurz eingehend sagen, warum ich diese Ausführungen zum HPVG gemacht habe. Das war jetzt nicht so sehr, damit Sie das auch mal gehört haben und es mitnehmen, sondern dass wir das für eine Gelingensbedingung halten. Gute Mitbestimmung ist eine Gelingensbedingung für Verwaltungsverfahren aller Art. Das gilt genauso für Technologien wie für andere Vorgaben, für andere Prozessformen. Aber natürlich überformt die künstliche Intelligenz in Zukunft sicherlich viele Arbeitstechniken. Deswegen ist es hier besonders erforderlich.

Sie haben aber natürlich – da gebe ich Ihnen völlig recht – klare Rechtsnormen, die Handlungs- und Rechtssicherheit für die Beschäftigten geben. Die sind sehr, sehr wichtig. Auch wenn im europäischen Recht an verschiedensten Stellen die verschiedensten Dinge geregelt sind, heißt es natürlich trotzdem, dass die Kolleginnen und Kollegen in der konkreten Verwaltungsentscheidung in vielen Fällen, auch wenn sie hervorragende Fachleute auf ihrem Gebiet sind, mit der Komplexität und der Vielfalt der Materien sehr stark herausgefordert sind. Das ist auch ein Grund, weshalb Verwaltungsprozesse oft sehr viel Zeit in Anspruch nehmen, weil sehr, sehr viele Aspekte in komplexer Weise einfließen müssen.

Es gibt viele Prozesse, die letztendlich einfach und regelbasiert sind. Es gibt aber eben auch immer die anderen. Auch da kann künstliche Intelligenz unter Voraussetzungen eine Entscheidungsunterstützung sein. Aber auch die anderen Anzuhörenden haben darauf hingewiesen, dass besondere Fallstricke, zum Beispiel eben dieser Bias, damit verbunden sind, dass es dann Beschäftigten im Zweifel schwerfällt, auch wenn eigentlich der Mensch die Letztentscheidung haben muss, sich über die Empfehlungen der Automatisierung hinwegzusetzen. Das muss einfach bei den Regeln mit berücksichtigt werden.

Aber natürlich sind Rechtsnormen, die auch Haftungsfragen und Zuständigkeitsfragen klären, erforderlich. Ich möchte aber, wenn Sie neue Institutionen schaffen, immer auch da die Perspektive mit einfügen, dass es nicht passieren sollte, dass auf der einen Seite Regelungen zur Verschlankung, Beschleunigung und Vereinfachung gemacht werden, und man das auf der anderen Seite durch gegenläufige Regelungen wieder zurücknimmt.

Ich bin als Vertreterin der Beschäftigten der Verwaltung keine vehemente Verfechterin des Diskurses um Entbürokratisierung. Aber natürlich ist das etwas, worunter Kolleginnen und Kollegen, wenn letztendlich unpraktikable Lösungen vorgestellt werden oder unpraktikable Prozesse gemacht werden, auch sehr stark leiden. Deswegen möchte ich schon bitten, dass Sie die Perspektive wirklich mit berücksichtigen. Ich kann dann gleich zu der zweiten Frage übergehen.

Das war im Prinzip, wenn jetzt nicht sofort ein Gesetz gemacht wird, geht dann irgendetwas schief, drohen dann negative Konsequenzen. Eine gewisse Unsicherheit und Aufregung bestehen. Ich denke aber, diese Unsicherheit und Aufregung bezieht sich generell auf fehlende Handlungssicherheit, was aber auch damit zu tun hat, dass im Digitalisierungsministerium ganz anders gearbeitet wird als in der Kommunalverwaltung XY mit 20 Beschäftigten.

Was nicht sein sollte, ist, dass die Kolleginnen und Kollegen sich selbst überlassen bleiben. Wenn die KI-Systeme eingeführt werden, dann braucht es die entsprechenden Schulungen und die verbindlichen Regelungen, egal, ob die jetzt verwaltungsintern sind oder ob sie als wesentliche Regelung durch den Gesetzgeber gemacht werden. Es braucht verbindliche Regelungen, dass die Beschäftigten erstens geschützt sind und zweitens auch klar ist, was die Vorgabe ist, was gemacht werden kann und was nicht gemacht werden kann. Eine Regelungslosigkeit ist tatsächlich negativ und wird letztendlich Innovationen behindern.

### **Zweite Fragerunde**

Abgeordnete **Michelle Kraft**: Vielen Dank an alle Anzuhörenden. Ich habe eine Frage an Herrn Danneberg. Sie haben das schon sehr schön ausgeführt und sind auch auf die UK-Cloud eingegangen. Deshalb meine weitergehende Frage: Kann es nicht in diesem Zusammenhang auch Sinn machen, dass wir – worauf Frau Seidel auch schon hingewiesen hat – auf eine Bundesumsetzung warten, anstatt einen Flickenteppich zu bauen, sodass wir irgendwann auch deutschlandweit in den Gesetzen und Richtlinien, die wir machen, denken?

Die zweite Frage geht an Frau Langhammer. Die KI sollte üblicherweise dem Menschen dienen. Jetzt sehen wir diesen Gesetzentwurf, der einmal die Nutzung der KI in der Verwaltung überhaupt ermöglichen soll und dabei auch gewisse Richtlinien schafft.

Wie bewerten Sie denn überhaupt eine mögliche Personalentlastung, wenn wir auf der einen Seite KI nutzen, auf der anderen Seite aber sehr viele Dokumentations- und Plausibilisierungspflichten haben, eine mögliche KI-Rüge, die auch wieder Personaleinsatz bedeutet? Kann man da eigentlich von der Personalentlastung sprechen, oder ist der Schlüssel immer noch genauso,

wie er heute ist, nur mit neuen Aufgaben, für die wir vielleicht sogar unsere Mitarbeitenden noch nicht geschult haben?

Dann noch eine kleine Anmerkung. Frau Seidel, ich habe keine Frage an Sie, aber kann nur zustimmen. Das wollte ich nur sagen. – Danke.

Abgeordneter **Bijan Kaffenberger**: Ich kann Frau Seidel auch zustimmen, hätte aber zur Zustimmung eine Frage. Wir haben in Hessen mit der Publikation des Digital- und Innovationsministeriums „Generative KI. Eine Einführung mit Blick auf die Landesverwaltung“ einen Leitfaden. Wie würden Sie es – anschließend an Ihre Ausführungen – sehen, wenn man gemeinsam mit den Kommunen solche Leitfäden entwickelt, um gerade der Unterschiedlichkeit der Verwaltungsebenen an der Stelle gerecht zu werden, weil wir auch schon gehört haben, dass es ein Unterschied ist, ob ich in einer kleinen Verwaltung mit 20 Menschen bin oder in einer großen, obersten Landesbehörde?

Herr **Marc Danneberg**: Sie treffen einen sehr guten Punkt mit der Frage einer einheitlichen Umsetzung in Deutschland. Generell kann man sagen, die Verwaltungsdigitalisierung in Deutschland leidet durchaus daran, dass wir teilweise nicht nur sehr unterschiedliche IT-Infrastrukturen in Bund, Ländern und Kommunen haben, sondern auch die rechtliche Umsetzung nicht ganz einheitlich geregelt ist. Deswegen begrüßen wir grundsätzlich in diesen Bereichen ein einheitliches Vorgehen.

Gut an dem Gesetzentwurf ist natürlich, dass er sich grundsätzlich für den Einsatz von KI in der Verwaltung ausspricht. Wir sind auf die Punkte im Detail eingegangen, aber er setzt sich grundsätzlich einen guten Rahmen, an dem sich auch andere Länder orientieren könnten. Deswegen muss man das positiv hervorheben.

Ich würde sagen, es ist durchaus eine Option, auch mit Blick auf die Umsetzung des AI-Acts, darauf zu warten, ob man später nachzieht. Ich glaube, es wird trotzdem noch landesgesetzliche Regelungen mit Blick auf den Einsatz in der Landesverwaltung brauchen. Ich glaube, das kann nicht allein bundesgesetzlich geregelt werden. Aber vielleicht die Abfolge etwas anders zu sortieren, kann durchaus Sinn machen.

Frau **Julia Langhammer**: Noch einmal anschließend an meinen Vorredner. Es war die Frage der letzten Runde von sich widersprechenden Regelungen. Das ist tatsächlich für die Bediensteten ein Riesenproblem. Das ist nicht besonders überraschend, aber in der Praxis durchaus anzutreffen. Ich glaube, das bereitet wirklich die größten Probleme, die größten Verzögerungen und die größte Unzufriedenheit bei den Kolleginnen und Kollegen. Das sollte wirklich vermieden werden.

Dann war die Frage, KI soll den Menschen dienen. Ja, da sind wir uns völlig einig. So verstehe ich auch grundsätzlich, zumindest aus ethischer Perspektive, die europäische KI-Verordnung. Diese Möglichkeit besteht.

Dann haben Sie gefragt, ob die Rationalisierungsgewinne, die im Gesetzentwurf vorgeschlagen werden, realistisch sind. Ich würde sagen, das kommt auf die Einsatzfelder an. Wir haben von den Experten in der ersten Runde gehört, das ist eine generelle abstrakte Regelung, aber was dann wirklich in den Dienststellen wie eingesetzt wird und wie weit man eigentlich in der Umsetzung von Digitalisierungsprozessen ist, das ist doch sehr verschieden. Ich glaube, das kann man wirklich nur im Detail anschauen.

Auffällig war, dass neue Institutionen geschaffen werden, die zumindest das Potenzial bieten, wenn man das möchte, sozusagen Zusatzaufwand zu erzeugen, insbesondere wenn Systeme und Verfahren im Verwaltungshandeln nicht eingeübt sind. Denn bis sich so etwas einschleift, in der Praxis etwas ins Funktionieren kommt, das dauert einfach.

Die Schulungen sind das eine Thema, aber es braucht tatsächlich auch mit solchen Systemen für die Beschäftigten Freiräume, überhaupt einmal auszuprobieren und damit auch eine Praxis zu entwickeln. Auch das bedarf der Zeit und der klaren Regelungen und der Unterstützung des Arbeitgebers und des Dienstherrn.

Man darf zumindest zunächst, wie bei allen Digitalisierungsprozessen, nicht denken, das ist die magische Lösung, um in Zukunft mit weniger Personalkosten und weniger personellen Ressourcen auszukommen. Sicherlich kann es die Möglichkeit geben, dass irgendwann in der Zukunft, wenn entsprechende Prozesse etabliert und auch in der Bevölkerung akzeptiert sind, der demografische Wandel überbrückt werden kann. Aber das unmittelbar zu erwarten, halte ich für zu optimistisch. Das sorgt bei den Beschäftigten, die in der Praxis nicht unter zu wenig technischen Tools, sondern letztendlich zu wenig Zeit für ihre Aufgaben leiden, eher für Ängste als für eine positive Zukunftsvision.

Frau **Franziska Seidel**: Ich kann mich auf jeden Fall dem anschließen, was Frau Langhammer gesagt hat. Das setzt auch gut an mit den Leitfäden. Ich denke auch, dass es wirklich darauf ankommt, dies erst einmal auszuprobieren, zu schauen, was man eigentlich mit KI machen kann. Es gibt manche, die das schon privat nutzen, ChatGPT wie auch andere Systeme. Wie sollte man das dann auch im beruflichen Kontext nutzen, und darauf zu schauen, welche Leitfäden sich dann ableiten würden?

Ob es auf Landesseite einen Leitfaden gibt oder ob man eine gewisse Abstufung machen sollte, eher für kleinere Verwaltungen, also kleinere Kommunen, als dann auch für mittlere bis größere, das müsste man dann entsprechend sehen. Aber ich würde jetzt noch nicht pauschal sagen, ein Leitfaden für alles, sondern schauen, wo es am besten passt oder für welchen Kontext.

**Vorsitzende:** Vielen Dank. – Dann sehe ich keine weiteren Fragen oder Wortmeldungen mehr. Damit sind wir am Ende der Anhörung angelangt.

Ich möchte mich auch im Namen aller Kolleginnen und Kollegen ganz besonders bei Ihnen bedanken, die heute als Anzuhörende zu uns gekommen sind und ihre Expertise eingebracht haben.

Ich schließe damit an dieser Stelle sowohl den Tagesordnungspunkt als auch die 10. Sitzung. Wir kommen im Anschluss noch für die 11. nicht öffentliche Sitzung zusammen. – Vielen Dank.

Wiesbaden, 3. Dezember 2025

Protokollführung:

Stellv. Vorsitz:

Anna Junius

Kim-Sarah Speer